

# Die Gewerkschaft

Zeitung zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Anstellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

**Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24**  
Vertreter: Amt 6, Nr. 6483  
Redakteur: Emil Dittmer

**Motto:**  
Staats- und Gemeinbetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

**Erscheint wöchentlich Freitags**  
Bezugspreis vierjährlich durch die Post (ohne Beitragsgeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3169

**Redaktionsschluß: Sonnabend vor dem Erscheinen.**

## Inhalt.

Unter neues Statut. — Statistik über die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1905. — Situationsbericht für Dresden vom 2. August. — Die Stellungnahme unserer Bremer Kollegen zum Arbeitsschutzgesetz für die bremischen Staatsarbeiter. — Lohnpolitik der Stadt Elberfeld. — Ein Mahnbrief. — Ratschau für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Ein gegangener Streit und wieder. — Anzeigen.

## Unser neues Statut.

Seit dem 1. November d. J. ist unser neues Statut in Kraft getreten und dürfte nun mehr wohl von allen Filialleistungen bereits an unsere Mitglieder verholfen sein. Es sind aber so manche geben, die wir hofften sogar es ist die Meinung, welche ich nicht der Wahrheit unterzieht, nun ein gehend die einzelnen Paragraphen zu studieren, sondern „das Ding“ unbedingt auf die Seite legt. Das ist um so bedauerlicher, als daraus offensichtlich Kritikmutter, Sader und Ziemerstadt unter den Verbandsfellen zu entziehen. Häufig erfolgen ungeremtigte Angriffe auf Verbandsmitglieder oder Verbandsfunktionäre, weil man sich über seine Mitgliedertreue und Fähigkeit nicht genügend informiert hat. Selbst Verfranckende sind hin und wieder von den wichtigsten Bestimmungen nicht unterrichtet. Und doch sollten gerade die Verfranckenden die Verbandsstatuten bekannt im Kopfe haben. Dazu ist allerdings erforderlich, daß die Statuten klar und präzise sind. Von den mirigen kann man das erstere gerade nicht behaupten, wenigstens die Mainzer Statuten kommen sich redlich genug, erhebliche Verkürzungen vorzunehmen. Zumindest hat die Ausführlichkeit der einzelnen Paragraphen infolge etwas für sich, als die Zweifelsfälle verringert werden, in welchen Streit über die Auslegung eines Paragraphen entsteht. Das mag auch hier der Grund gewesen sein zu dem etwas reichlichen Umfang.

In Nr. 39 der „Gewerkschaft“ haben wir bereits auf die Bestimmungen bei Streiks und Lohnbewegungen hingewiesen. Es verbleibt uns also heute die Aufgabe, die materiellen Leistungen unseres Verbandes etwas näher zu beleuchten bzw. die Neuerungen festzustellen und ältere offizielle und unbekannte Bestimmungen neu aufzufrischen.

Eine eindeutige Änderung ist gleich im § 5b enthalten, nach welchem die Verbandsangehörigen erlaubt, wenn das Mitglied mit 8 Wochenbeiträgen trotz erster Wohnung im Mitglied ist. Während also früher 13 Wochen restiert werden konnten, ist jetzt schon nach 8 Wochenresten die Mitgliedschaft zu Ende. Offensichtlich haben es dadurch unsere Verbandsfunktionäre leichter, dem Reitanzen nun einen Ende zu machen. Es ist auch zu bedenken, daß bei den verbindungsartigen Leistungen welche das neue Statut gewährt, einem einzigen Mitglied vorgezeigt werden muss, deshalb ist auf das Strengste auf die Erfüllung dieses Paragraphen zu achten und ein Nachlieben von mehr wie 8 Wochen unter allen Umständen unzulässig!

Beachtung verdient auch der letzte Abzähler des § 5, den wir nachstehend folgen lassen.

Mitglieder, welche ihre Beschäftigung in städtischen resp. staatlichen Betrieben ausgeüben, können mit Genehmigung einer Filialversammlung weiter Verbandsmitglied bleiben. Fasst aber eine für das neue Arbeitsverhältnis zuständige moderne Organisation auf zentraler Basis bestehet, so ist dem Mitglied anzuraten, zu dieser überzutreten. Ausgenommen davon sind solche Fälle, wo das neue Arbeitsverhältnis nur vorübergehend ist und das Mitglied wieder in städtische oder staatliche Beschäftigung zurückzukehren gedenkt.

Alles geregelt ist der Ausdruck eines Mitgliedes im § 6. Neben die Verurteilung des Ausgeschlossenen fügt der Abz. 4 dieses Paragraphen:

Gegen den Ausschließungsbeschuß der Filiale ist innerhalb vier Wochen nach Bekanntgabe des Beschlusses an den Ausgeschlossenen Verurteilung beim Verbandsvorstand und gegen dessen Entscheid wiederum innerhalb vier Wochen nach Zustellung Petition beim Verbandsausschuß zulässig. Verurteilung und Petition haben aufzuschiede Wirkung. Gegen die Entfernung des Verbandsauschusses ist Petition wie an den Verbandsstag zulässig. Diese Petition hat keine aufzuschiede Wirkung.

Zum Ausdruck daran wird festgestellt, daß mit der Verbindung der Mitgliedschaft sofort jedes Anrecht an den Verband und dessen Vermögen erlischt.

Ziemlich eindeutige Bestimmungen enthält der § 8, welcher die Beitragshöhe regelt. Voraussetzung sind die jüngsten Verbandsbeiträge auf 25 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder festgelegt, soweit nicht örtliche Zustände erhoben werden! Falls aber durch bestehende Umstände die Verbandsausgaben bedeutend steigen, hat der Vorstand in Gemeinschaft mit dem Ausschuß des Rechts eine Ertragssteuer einzuführen. Diese Maßregel ist in letzter Zeit ziemlich häufig in anderen Verbänden praktiziert worden. Sollte sich bei uns einmal die Notwendigkeit herstellen, so werden die Mitglieder höchstens so viel Zusatz zu bezahlen und willig diesem Statutenparagraphen nachkommen.

Nur die Pensionierten ist der Beitrag auf 15 Pf. pro Woche festgelegt. Dafür erhalten sie Sterbeunterstützung und Verbandszeitung.

Der letzte Abzähler im § 8 besagt, daß bei Verbands-Unterstützungen die laufenden Beiträge in Abzug zu bringen sind. Dies haben besonders die Funktionäre zu bedenken. Desgleichen die alte Bestimmung, daß beitragsfreie Weiber ebenso regelmäßig zu leben sind wie den bezahlten Männern wie andere. Hierin wird leider noch immer recht häufig gelehrt.

Im § 11 sind die Übertrittsbedingungen aus anderen gewerkschaftlichen Verbänden angegeben. Nach wie vor zahlreiche gewerkschaftlich organisierte kein Eintrittsgefordert, wenn sie ihren Verpflichtungen im anderen Verbande nachgekommen sind. Neu und von großer Bedeutung ist der zweite Abzähler dieses Paragraphen, den wir deshalb nachstehend im Vorhant wiedergeben:

Alle leitende Mitgliedschaft wird in der Weise angerechnet, daß die in der bisherigen Organisation geleisteten regelmäßigen Verbandsbeiträge summirt und nach den Zügen des vorliegenden

**Statut umgerechnet werden.** Eventuelle Loyalzuschläge kommen nicht in Betracht. Die durch die Umrechnung sich ergebende Dauer der Mitgliedschaft kommt für die im vorliegenden Statut niedergelegten Leistungen des Verbandes in Betracht. Bei Bezug von Unterstüzung wird die Laufzeit nach der letzten Unterstützung auszahlung in der früheren Organisation berechnet.

Die §§ 15 und 16 regeln den Rechtschluß. Sie sollten vornommendfalls sorgfältig studiert werden, da Ärzte in der Praxis sehr häufig vorkommen. Vor allem muss darauf hingewiesen werden, dass bei persönlichen Verteidigungen Chehadern, überhaupt bei Privat Angelegenheiten kein Rechtschluß gewährt wird, sondern bei Differenzen, welche dem Dienst und Arbeitsverhältnis entspringen, bei Angelegenheiten auf dem Gebiete der Arbeiter Versicherung, sowie bei Anklagen wegen Verbandsfähigkeit usw. Zu beachten ist noch, dass das Mitglied 26 Wochenbeiträge geleistet haben muss.

Ganz neu ist unsere Erwerbstlosen Unterstüzung, welche in den §§ 17-21 behandelt wird. Wir lassen die festgelegten Sätze folgen:

Stellte Beitragswochen	für männl. Mitgl. wochentlich	für weibl. Mitgl. wochentlich
52	4 M. auf 4 Wochen	3 M. auf 4 Wochen
136	4 " " 5 "	3 " " 5 "
260	4 " " 6 "	3 " " 6 "
416	4 " " 7 "	3 " " 7 "
520	4 " " 8 "	3 " " 8 "

Diese Summe wird ausgezahlt sowohl im Falle von Krankheit, als auch im Falle von Arbeitslosigkeit, nachdem die erste Woche der Erwerbsunfähigkeit verstrichen ist, für welche keine Unterstüzung gezahlt wird. Es steht wohl zu hoffen, dass die größeren Sitzungen durch Ertragsbeiträge einen Loyalzuschlag leisten können, um so die Unterstüzung wirksamer zu gestalten. Die Erwerbstlosen Unterstüzung wird erst malig am 1. Oktober 1907 ausgezahlt.

Über den Begriff der Maßregelung sind die Meinungen in unserer Organisation noch recht vielfältig, und da wir bislang keine Arbeitslosen-Unterstüzung hatten, verhielt der Hauptvorstand bis dato sehr tolerant. Es muss aber daran festgehalten werden, dass Maßregelungen nur anzuerkennen sind, wenn die Befreienden infolge ihrer Tätigkeiten für den Verband entlassen werden. Hier gelten die früheren Sätze: 12 M. für ledige, 15 M. für männliche verheiratete, 8 M. für weibliche Mitglieder. Außerdem wird für jedes Kind ein Zuschlag von 1 M. pro Woche gewährt bis zu 4 des bisherigen Verdienstes. Die Unterstüzung wird auf die Dauer von 13 Wochen gewährt, in besonderen Fällen kann auf Antrag der betr. Filial-Verwaltung über diese Zeit hinaus bezahlt werden.

Die Streit-Unterstüzung ist in gleicher Höhe wie die Maßregelungs-Unterstüzung bemessen, ebenso treten diese Sätze bei Ausperrungen in Kraft und zwar wird in beiden Fällen die Unterstüzung vom ersten Tage an bezahlt. Der Absatz e im § 24 besagt jedoch, dass für alle Mitglieder, welche im Verbande erst 13 Wochenbeiträge geleistet haben, nur die Hälfte der Unterstüzungssätze gezahlt werden kann.

Eine seit 1. Oktober 1906 bereits in Kraft getretene Verbesserung zeigt das neue Statut bei der Streit-Unterstüzung. Diese beträgt nach einer Beitragsteilung von

für männliche Mitglieder	für betreute Frauen
52 Beitragswochen 60 M.	30 M.
104 " 70 "	35 "
156 " 80 "	40 "
208 " 90 "	45 "
260 " 100 "	60 "
312 " 110 "	55 "
364 " 120 "	60 "
416 " 130 "	65 "
468 " 140 "	70 "
520 " 150 "	75 "

Für verstorbenen weiblichen Mitglieder werden 75 Proz. d. h. dreiviertel der Sätze bezahlt, welche für männliche Mitglieder gelten. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, dass auch in Sterbefällen der Frau eines Mitgliedes genau so verfahren werden muss, wie bei den Anträgen für Mitglieder. Sterbeurkunde und Legitimation müssen also bei der betreffenden Filialverwaltung eingereicht werden, welche sie dem Verbandsvorstand übermittelt. Alsdann erfolgt die Anwendung zur Auszahlung. Mitglieder, welche am 1. Juli 1903 52 Wochenbeiträge oder mehr geleistet hatten, erhalten eine einjährige

Mitgliedschaft angerechnet. Es genügt also nicht mehr die einjährige Mitgliedschaft vor dem 1. Juli 1903, sondern man muss mindestens 52 Beitragsmarken gelebt haben.

Damit sind die wichtigsten Bestimmungen unseres Statuts, soweit sie sich auf die materiellen Leistungen beziehen, gekennzeichnet. Wir zitieren aber den § 27, Absatz 2, gewissermaßen zur Warnung, noch einmal. Es lautet:

Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen 8 Wochen oder länger im Rückstande sind, ohne dass Erhöhung eingetreten ist, erhalten keine Unterstüzung, sofern der Beitragserlassstand auf ihr eigenes Verhältnis zurückzuführen ist.

Die Verbandszeitschrift wird bereits nach 6 Wochenresten nicht mehr geliefert. Es gilt also möglichst mit seinen Beiträgen auf dem Laufenden zu bleiben. Besser 1 bis 2 Wochen im Voraus zahlen, als immer einige Wochen nachhinken. Stellt sich eine unvorhergesehene Schwierigkeit ein, so gerät man ohnehin im Rückstande und, sobald die 8 Wochen vorüber sind, hat's "geschwuppt", d. h. man geht seiner erworbenen Rechte verlustig und muss von vorne anfangen. Wir haben gegenwärtig in unserem Verband eine viel zu hohe Anflutung. Zahl der Vertrauensleute und Funktionäre muss es in nächster Zeit sein, die Mitglieder darauf hinzuweisen, dass sie sich selbst enorm schaden, wenn sie nicht Etage halten.

Bei außerordentl. Studium unseres neuen Statuts wird jeder Kollege finden, dass Mainz ein Markstein für unseren Verband war auch in Bezug auf die innere Verfestigung, die bekanntlich wesentlich von den früher so viel geizhaften Unterstüzungseinrichtungen abhängt. Wir haben uns eine gewisse Weiterentwicklung für die nächsten 3 Jahre gesichert, wenn - woran wir nicht zweifeln - jeder seine Schuldigkeit tut. Getrost können wir in Variation singen:

Ein heileburg ist der Verband,  
Ein gute Wehr und Waffen!

## Statistik über die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1905.

Die Kämpfe, die den deutschen Arbeitern im Jahre 1905 vielleicht aufgedrängt wurden und den oben ausgeschilderten Zweck hatten, die Gewerkschaftsversammlungen, labortagden, haben den Arbeitern nicht nur, wie oben in der Gewerkschaftsstatistik angegeben, einen enormen Antrieb gegeben, die Stämme haben der deutschen Arbeiterschaft auch unerwartete Kräfte eingeräumt. Zug in, um es etwas zu nehmen, das sonst die Volkskämpfe des Jahres 1905.

Wenn ein der Parteiarbeit nobelscheinendes Bild von dem Kriege und den Erfolgen in den gewerkschaftlichen Organisationen im Kampf um eine bessere Lebensstellung der Arbeiterschaft gegeben werden soll, so ist es notwendig, die Ergebnisse der Streiks und Lohnbewegungen ohne Arbeitsunterbrechungen zusammenfassend darzustellen. Das ist in der vorliegenden Statistik zum ersten Mal geschehen, nachdem im vorjährigen Jahre zum ersten Male der Verband unternommen werden war, die Ergebnisse der "friedlichen" Lohnbewegung zunächst zu erfassen. Auch die vorliegende Statistik kann noch keinen Rückschluss daraus erheben, das Bild aller wirtschaftlichen Kämpfe und Erfolge der gewerkschaftlichen Organisationen vollständig wiederzugeben.

Zwarheimer Mängel bietet die vorliegende Statistik doch ein Bild erfreulicher Arbeit der Gewerkschaftsorganisationen zum Wohle der Arbeiterschaft. Es ist ein glänzendes Emporionen, ein ruhiges und erfolgreiches Kampf um Ruhm und Lust der Arbeiterschaft, das die Zahlen der Statistik uns lehren. Es sind von allen Arbeitern nur die Blumen- und Förderarbeiter und Arbeiterschwestern, Personenangestellten, Handlungseigentümer, Angestellte, Sekretäre und Geschäftsführer, die im Jahre 1905 keine Lohnbewegungen und Streiks geführt haben.

Es ist allerdings zu bedenken, dass unsere Angaben über die Gesamtzahl der an Streiks und Ausperrungen Beteiligten durch die später zu veröffentlichte füruelle Streitstatistik, wie sie bisher jedes Jahr existieren ist, noch eine Korrektur erfahren werden. In der vorliegenden Statistik waren Doppelzählungen nicht zu vermeiden, da jede Gewerkschaft unabhängig von anderen etwa mitbetreuenden Gewerkschaften über die Kämpfe berichtet hat, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt war.

Nach den vorliegenden Angaben haben Lohnbewegungen und Lohnkämpfe stattgefunden in 7609 Orten, 11040 Betrieben mit 1150156 Beteiligten. Die Zahl der direkt Beteiligten beläuft sich auf 862626.

Ausdeutungen beginnen. Ausdeutungen wurden in 5659 Fällen erhoben. Wenn die Statistik nun gleichzeitig feststellt, dass über die Hälfte dieser Ausdeutungen keine Ausdeutungen, genau 2886, auf dem Wege erfolgreicher Verhandlungen oder durch offizielle Anerkennung der Unternehmer ihre Erledigung gefunden haben,

so ist das sicher ein gutes Zeichen und der bündigste Beweis für die Maßstättung, die sich die Gewerkschaftsorganisationen im Wirtschaftsleben der Belegschaft erungen haben. In 101 Fällen waren allerdings auch die Gewerkschaften gewungen, ihre Forderungen zurückzuziehen; es handelt sich hier durchgängig nur um kleine Gruppen von Arbeitern und Arbeitnehmerinnen, deren örtliche Organisationen aus irgend welchen Gründen den aufgestellten Forderungen nicht genügend Nachdruck zu geben vermochten.

Von den 2004 Streiks und Ausperrungen, die insgesamt stattgefunden haben, sind 1296 oder nahezu 50 Prozent für die Arbeiterschaft mit vollem Erfolg und 654 (= 23 Prozent) mit teilweise Erfolg beendet worden. Das sind 73 Prozent aller Streiks irgendwo durchgeführt, ein Erfolg, wie ihn die deutsche Arbeitbewegung bisher noch nicht aufzuweisen hatte!

Das Ergebnis gestaltet sich aber noch günstiger, wenn auch die ohne Arbeitsunterbrechung verlaufenen Bewegungen in Rechnung gezogen werden. Damit sind von den insgesamt 3655 Bewegungen 4775 Bewegungen 81 Prozent erfolgreich verlaufen.

Von den Lohnbewegungen ohne Arbeitsunterbrechung fanden, wie schon gesagt, 101 ihre Erledigung durch Zurückziehung der Forderungen und von den Streiks hatten 552 (= 19 Prozent aller Streiks) keinen Erfolg, so daß sich die Zahl der erfolglosen Bewegungen insgesamt auf 633 (= 11 Prozent aller Bewegungen) beläuft. Über den Verlauf von 118 Streiks (= 23 Prozent aller Bewegungen bzw. 5 Prozent der Streiks und Ausperrungen) konnten die Vorstände keine Angaben machen, teils weil dieselben am 1. Januar 1906 noch nicht beendet waren, teils handelt es sich auch um Streiks oder Ausperrungen, bei denen die betreffenden Gewerkschaften nur in Mitteilenschrift gegegen waren.

Entsprechend diesen geringen Mehlitäten der Lohnbewegungen und Streikämpfe sind auch die Ergebnisse derselben befriedigende. Es ermittelten:

**Arbeitszeitverkürzung\***: 180/303 Beteiligte 636/250 Stunden pro Woche.

**Lohnherabsetzung**: 427/187 Beteiligte 585/311 Mf. pro Woche.

**Lohnausfall** für Überstunden 107/178 Beteiligte.

**Lohnausfall** für Nacht- und Sonntagsarbeit 71/632 Beteiligte. **Verteidigung** bzw. **Abrechte** der Alltagsarbeit bzw. **Abrechte** der Verteilung der Lohnarbeit 15/310 Beteiligte.

**Verteidigung** der Arbeit bzw. **Abrechte** bzw. **Abrechte** einer **Verteidigung** derselben 812/3 Beteiligte.

**Majestätskunde** weicht ab 386 Beteiligte.

**Gewinn** **Beteiligung** erzielten bez. **Verteidigungen** mehrheitlich ab 119/749 Beteiligte.

**Reparative Arbeitsverträge** wurden abgeschlossen in 1507 Fällen unter 207/791 Beteiligte.

Die Kosten der gesamten Bewegungen beliefen sich auf 10.960.000 Mf.

Summe aller Bewegungen über 100, daß die erschienen Lohnarbeiter sind nur 10 Wochen im Jahre voll zur Geltung kommen, so ergibt sich generell den Angaben, die die organisierte Arbeiterschaft in die Wege geleitet hat, eine jährliche Steigerung des Lohnverbrauchs nur allein für die direkt Beteiligten um rund 30 Millionen Mark. Es ist aber ohne weiteres klar, daß Lohnbewegungen in holdem Urfürge nicht auf den Preis der direkt Beteiligten hinausblenden; daß auch darüber hinaus die „Vergleichs“ weiterer Arbeiterschaften erwartet wird, und daß die Unternehmer wohl und viel Lohnzulagen gewähren müssen. Bei dieser Bedingung sind noch gar nicht in Verhältnis zu gegen die folgenden kulturellen Errungenschaften der Sozialdemokratischen Partei, zu denen ja in einer Stunde der Arbeitszeitverlängerung gehört, zu denen wir aber auch die über 1500 temporären Arbeitsverträge zählen, die abgeschlossen wurden; endlich verbirgt sich auch unter den als „Sonne“ bezeichneten Errungenschaften in mancher Erfola in kultureller Hinsicht. Und da die verbreiteten Werkstätten, Fabrikordnungen usw. durchs oftmals als Multizentren bezeichneten Zahlen wieder einmal der geringste Beweis erbracht, daß die Gewerkschaften die beste Spurhase für den Arbeiter ist.

Die nachfolgenden Angaben geben Aufschluß über Art und Umfang der veränderten Bewegungen.

1. Die Lohnbewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen ohne Arbeitseinstellungen. Es haben solche Bewegungen stattgefunden 2763 in 1117 Orten, 25.863 Betrieben mit 468.522 Beteiligten. An 1439 von den in Betracht kommenden Orten bestanden Unternehmerorganisationen; die von den Bewegungen betroffenen Unternehmer gehörten ihren Organisationen in 1102 Orten an. Die Zahl der an diesen Bewegungen Beteiligten belief sich auf 367.000. Von den Beteiligten hatten

2193 (= 59 Prozent mit 68.278 (= 19 Prozent) Beteiligten) vollen Erfolg.

467 (= 17 Prozent mit 76.320 (= 21 Prozent) Beteiligten) teilweise Erfolg,

90 (= 3 Prozent mit 17.612 (= 4 Prozent) Beteiligten) keinen Erfolg.

Bei 13 (= 1 Prozent mit 402 (= 1 Prozent) Beteiligten) war der Ausgang unbekannt.

\* Einbezogen sind die Fälle, in denen Arbeitszeitverlängerung und Lohnverkürzung abgewehrt wurde.

Zu einzelnen wurde bei diesen Bewegungen erzielt:  
**Arbeitszeitverkürzung** für 106/105 Beteiligte 453/297 Stunden pro Woche.

**Lohnherabsetzung** für 270/493 Beteiligte 550/637 Mf. pro Woche. Betroffene wurden in 910 Fällen für 147/186 Beteiligte abgeschlossen.

In sonstigen Erfolgen bei diesen Bewegungen wurde erzielt:  
**Lohnausfall** für Überstunden in 669 Fällen für 70/216 Beteiligte.

**Lohnausfall** für Nacht- und Sonntagsarbeit in 502 Fällen für 57/541 Beteiligte.

**Verteidigung** bez. **Abrechte** der Alltagsarbeit in 50 Fällen für 12.896 Beteiligte.

**Verbesserung** **Gebot** usw. **Ordnung** in 18 Fällen für 5724 Beteiligte.

**Sonstiges** in 612 Fällen für 84.716 Beteiligte.

Die Kosten dieser Bewegungen, soweit dieselben angegeben werden konnten, beliefen sich auf 39.708 Mf. Vielfach werden diese Kosten in den Verbänden nicht besonders gebucht. Es wurde uns in mehreren Fällen mitgeteilt, daß dieselben auf das Konto Agitation oder Gauleitung verrechnet wurden.

An der Tat dürften die verhältnismäßig bedeutenden Erfolge, die gerade in dieser Kategorie der Lohnbewegungen auftreten, sind, vielfach auf das Konto der in den letzten Jahren in fast allen Verbänden geschaffenen Hauptleitung und die Verteilung derselben, sowie großer Kreisverwaltungen mit unabhängigen Beamten zu setzen sein.

2. Die Bewegungen zur Abwehr von Geschlechterunterschieden (ohne Arbeitseinstellungen). Solcher Bewegungen haben stattgefunden.

205 in 149 Orten, 611 Betrieben mit 31.617 Beschäftigten.

An 123 Orten bestand eine Unternehmersorganisation; in 100 Orten wurden die derselben angehörigen Unternehmer von den Bewegungen betroffen. Die Zahl der Beteiligten belief sich auf 15.429.

Die Bewegungen nahmen folgenden Verlauf:

191 (= 93½ Prozent mit 14.212 (= 92 Prozent) Beteiligten) vollen Erfolg,

8 (= 1 Prozent mit 865 (= 5½ Prozent) Beteiligten) teilweise Erfolg,

5 (= 2½ Prozent mit 229 (= 2½ Prozent) Beteiligten) keinen Erfolg.

Der Ausgang einer Bewegung mit 6 Beteiligten ist unbekannt. **Arbeitszeitverlängerung** für 1657 Beteiligte 6928 Stunden pro Woche.

**Lohnverkürzung** für 7.894 Beteiligte 13.152 Mf. pro Woche.

**Vertragliche Arbeitsvorschriften** wurden in 23 Fällen für 1927 Betriebsfeste abgeschlossen.

Weitere Erfolge sind:

**Abrechte** der Verteilung der Lohnarbeit in 17 Fällen für 1580 Beteiligte.

**Abrechte** einer verbleibten Tätigkeit in 6 Fällen für 466 Beteiligte.

**Abrechte** von Werktagsregelungen in 40 Fällen mit 2650 Beteiligten, **Abrechte** festlager Haftdauerungen in 33 Fällen für 3087 Beteiligte.

An einzelnen Fällen war es leider nicht möglich, die auf Veränderung der Arbeitsbedingungen gerichteten Verteilungen des Unternehmersums abzumachen. Die eingetretenen Geschlechterunterschiede stellen sich wie folgt dar:

**Arbeitszeitverlängerung** für 12 Beteiligte 21 Stunden pro Woche.

**Lohnverkürzung** für 117 Beteiligte 24 Mf. pro Woche.

Wollen diese Misserfolge auch berichtigstet werden, so müssen über den großen Erfolgen, die in den anderen Fällen erzielt sind, so ist es doch am besten von Schwabe, daß in Zeiten einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur denartige Veränderungen überhaupt den Arbeitern zugemutet und von diesen in den Maß genommen werden müssten.

Die Kosten dieser Bewegungen beliefen sich auf 2388 Mf.

3. Die Angriffsstreiks. Es sind solche insgesamt 1336 mit 336.583 männlichen und 11.426 weiblichen, zusammen 351.009 Beteiligten, zu verzeichnen. Die Streiks dauerten insgesamt 33.720 Tage. Zu den Streiklinien waren einzutragen 206.219 männliche und 13.026 weibliche, zusammen 219.735 Streiken.

Die Summe der verlorenen Arbeitszeit wurde festgestellt für 219.010 Streikende. Es hatten die männlichen Streikenden 1222.518 verlorene Arbeitsstage, die weiblichen 286.626 verlorene Arbeitsstage aufzuweisen. Der festgestellte Verlust an Arbeitszeit belief sich auf 17.750.027 Mark.

Die Streiks hatten folgendes Resultat:

163 (= 19 Prozent mit 17.292 (= 14 Prozent) Beteiligten) vollen Erfolg, 338 (= 25 Prozent mit 51.041 (= 12 Prozent) Beteiligten) teilweise Erfolg,

262 (= 17 Prozent mit 215.151 (= 70 Prozent) Beteiligten) keinen Erfolg.

18 (= 1½ Prozent mit 630 (= 0,2 Prozent) Beteiligten) verloren unbekannt.

115 Streikende mit 6097 Beteiligten waren am 1. Januar 1906 noch nicht freigesetzt.

Die Ergebnisse des Angriffsstreits waren folgende:  
 Arbeitszeitverkürzung für 61 666 Beteiligte zusammen 213 467 Stunden pro Woche,  
 Lohnkürzung für 112 653 Beteiligte zusammen 253 166 Mark pro Woche,  
 Korporative Arbeitsverträge wurden abgeschlossen in 421 Fällen für 63 946 Beteiligte,  
 Lohnanpassung für Überstunden in 318 Fällen für 31 403 Beteiligte,  
 Lohnanpassung für Nacht- und Sonntagsarbeit in 190 Fällen für 11 159 Beteiligte,  
 Rechtigung bzw. Regelung der Abfertarbeit in 37 Fällen für 4889 Beteiligte,  
 Sonstiges in 275 Fällen für 18 991 Beteiligte.

Die Angriffsstreits lösten 5 880 231 Mark. bemerkte sei hierbei, daß die auffallende große Zahl der Beteiligten, die bei den Angriffsstreits ohne Eriola abdrückten, in der Hauptstadt aus den Bergarbeiterstreit entfällt. Bei diesem Streit fehlten eben alle organisatorischen Voraussetzungen für den Erfolg, eine Tatsache, die ja auch den Arbeitern vor dem Streit hinlänglich bekannt war und diese veranlaßte, ihren ganzen Einfluß gegen die Anstrengung deselben geltend zu machen. Es ist vielleicht nicht unangebracht, dieses Fatum bei dieser Gelegenheit noch einmal ausdrücklich hervorzuheben. Und ebenso entfällt auch der Gewerkschaftsanteil an den verlorenen Arbeitslöhnen auf das Konto des Bergarbeiterstreits.

4. Die Abwehrstreiks. Solcher waren 837 mit 30 287 (728 151 männliche, 2136 weibliche) Beteiligten zu verzeichnen. Dieseben dauerten insgesamt 15 815 Tage. An die Streitlinien waren 25 313 männliche, 2031 weibliche, zusammen 27 311 Beteiligte eingetragen. Die Summe der verlorenen Arbeitszeit wurde für 27 520 Streitende festgestellt, die zusammen 623 167 männliche, 50 901 weibliche, 374 068 Tage verjäumten und 1 292 679 Mark Arbeitseinkommen verloren hatten.

Von den 837 Abwehrstreiks hatten  
 450 = 54 Proz. mit 19 012 (= 62 Proz.) Beteiligten keinen Erfolg,  
 111 = 13 Proz. mit 495 (= 16 Proz.) Beteiligten teilweise Erfolg,  
 223 = 27 Proz. mit 508 (= 17 Proz.) Beteiligten keinen Erfolg.  
 Bei 40 = 5 Proz. mit 652 (= 2 Proz.) war der Verlauf unbekannt.

Die übrigen Abwehrstreiks waren am 1. Januar 1906 noch nicht beendet.

Die Ergebnisse der Abwehrstreiks sind folgende:

Es weichen ab:  
 Arbeitszeitverkürzung 949 Personen zusammen 2649 Stunden pro Woche,  
 Lohnkürzung 6771 Personen zusammen 13 099 Mark pro Woche,  
 Rechtigung der Lohnarbeit in 15 Fällen 1013 Beteiligte,  
 Verschlechterung der Arbeit usw. Erhöhung in 19 Fällen 1974 Beteiligte,  
 Mäßregelung in 87 Fällen 2736 Beteiligte,  
 Sonstiges in 204 Fällen 11 521 Beteiligte.

Auch bei den Abwehrstreiks konnten leider nicht alle seitens des Unternehmertums geplanten Verschlechterungen abgewehrt werden.

Es trat ein:  
 Arbeitszeitverkürzung für 241 Beteiligte zusammen 178 Stunden pro Woche,  
 Lohnkürzung für 785 Beteiligte 1212 Mark pro Woche,  
 sonstige Verschlechterungen in 83 Fällen für 1303 Beteiligte.

Zimmerhin konnten aber auch bei den Abwehrstreiks 23 korporative Arbeitsverträge für 423 Beteiligte errungen werden, die wohl in den meisten dieser Fälle dem Unternehmertum direkt aufgezwungen werden mußten.

An Kosten verursachten die Abwehrstreiks 862 482 Mark.

5. Die Aussperrungen. Dieseßen haben den Gewerkschaften im Jahre 1905 nicht unerhebliche Opfer verursacht. Es handelt sich aber eben jetzt behaupten, daß die Opfer, die den Unternehmern daraus erwachsen sind, ungleich größer sind, ohne daß die Aussperrungen doch den Zweck erreichen und erreicht haben, den sie erzielen sollten: Die Zerstörung oder gar Zersetzung der Gewerkschaften. Es geht dem sozialen Unternehmertum mit seiner aussperrungsfähigen wie einem Aldeherrn, der seine ganze Truppenmacht vor einzigen Hauptfeinden seines Gegners eingesetzt, diesen auch wehr verübt und einige hübsche Verluste bringt, es aber doch nicht bunteln kann, daß hinter seinem Rücken die feindliche Armees das ganze Gesetz nach und nach erobert.

Die Zahl der stattgefundenen Aussperrungen beträgt 356 auf 401. Dieseßen dauerten 11 561 Tage. Beteiligt waren an denselben 13 3000 männliche, 18 501 weibliche, zusammen 151 519 Personen. An die Streitlinien waren eingetragen 81 671 männliche, 92 88 weibliche, zusammen 99 960 Personen. Die Summe der verlorenen Arbeitszeit konnte jene **grobste Kausipertei festgestellt werden**, welche 1 574 199

beg. 211 677 Tage Arbeit verjäumten und einen Verlust an Arbeitslohn von 6 874 360 Mark aufzuweisen hatten.

Von den Aussperrungen verließen 99 mit 28 160 Beteiligten für die Arbeiterschaft erfolgreich. Teilweise Eriola für die Arbeiterschaft hatten weitere 114 Aussperrungen mit 45 657 Beteiligten. Nur 91 Aussperrungen mit 65 492 Beteiligten hatten für das Unternehmertum schließlich den gewünschten, in die aussperrten Arbeiter und Arbeitersinnen keinen Erfolg. Über 31 Aussperrungen mit 1790 Beteiligten konnten die Verbände verzögert des Ausganges nicht berichten, in der Hauptstadt deshalb, weil dabei nur ein kleinerer Teil ihrer Mitglieder in Betracht kam, der bei Kämpfen in anderen Verären in Mitteidenschaft gezogen war.

Umfassende Verschlechterungen infolge der unangemessenen Arbeiterschaft verlorenen Aussperrungen sind nicht zu verzeichnen; nur in 12 Fällen mit 709 Beteiligten trat eine unangemachte Beeinflussung des Arbeitseinkommens ein, wovon aber die Arbeiterschaft und die Arbeitsschule nicht berührt wurden.

Dagegen steht aber die beginnende Tatsache, daß es den Gewerkschaftsorganisationen selbst in diesen ihnen zu ihrer "vernichtung" aufgerollten Kämpfen gelungen ist, in 61 Fällen für 39 339 Beteiligten korporative Arbeitsverträge zum Abdruck zu bringen. Statt Vernichtung der Arbeiterschaft also Anerkennung und somit eine Stützung derselben auch in materialischer Hinsicht! Auch sonst wurden noch materielle Erfolge bei den Aussperrungen erzielt.

Die 101 Aussperrungen kosteten den deutschen Gewerkschaften 1 171 504 Mark. Welche Verluste auf der anderen Seite die Aussperrungen verursacht haben, darüber gibt eine Statistik Kunde... (Schluß folgt)

## Situationsbericht für Dresden vom 2. Quartal.

Die Lebensmittelentzehrung macht sich in Dresden besonders fühlbar. Werden doch hier die Lebensmittel noch einer besonderen kommunalen Verteilung unterworfen. Fünf Mark pro Kopf und Jahr beträgt diese Volumina. Daß die industriellen Arbeitnehmer durchschnitts ihres Einkommens ganz empfindlich darunter zu leiden haben, ist ohne weiteres klar. Und so ist es verständlich, wenn an die industriellen Arbeitnehmer Zuordnungen geknüpft werden. Das war schon im Februar in einer großen Versammlung geschehen. Am 1. Juli fuhren nun allgemeine Lohnanpassungen ein. Gedenkt man das nur ein Gerücht. Am Freitag vor dem zweiten Quartal sagten wir ihnen, daß man an Stelle eindrücklicher Volumenzulagen eine sogenannte Rationierung, besser sagst Volumenzulage, eingeführt hat. Was verdient ihnen die Rationierung der Volumen vorwiegend, so ist die Wahrheit jetzt noch größer. Niemand weiß, in welche Volumenzulage er eigentlich gehört. Kampf in den Arbeitern jedoch nicht endet. Das kommt auch in den im Laufe des Quartals abgehaltenen Parteisitzungsreden zum Ausdruck. Gleichzeitig trittes Wort über die "Arbeiterschaftlichkeit" des Rates wurde da gehalten. Allgemein wurde betont, nochmals einheitliche Forderungen den industriellen Volksgruppen zu unterstellen.

Am 15. September fand in der Zentralhalle wiederum eine Versammlung statt. Die ganze Situation und die Tatsache, daß die Leute Landau in Aussicht stellte Rationierung der Arbeiterschaft und die damit verbundene Regulierung des Wahlrechts zu den Arbeiterausschüssen noch immer nicht erfüllt ist, hatte zu einer starken politischen Erregung dieser Versammlung geführt. Es mögen über 1500 industrielle Arbeiter anwesen sein, welche den getroffenen Sozial auf ihre letzte Blöße führten. Da wir ihnen in Nr. 39 der Gewerkschaft hierüber berichtet haben, erinnert es sich, nochmals darauf zurückzukommen. Wir wollen erwartet, daß die industriellen Arbeitern den gerechten Forderungen beide Rednung tragen. Am Freitag zum zweiten Quartal hat in dem verlorenen nur eine allgemeine Verhandlung stattgefunden. Das hatte keine zahnende Wirkung. Daher wurden jedoch eine ganze Reihe Versprechungen der einzelnen Parteien und Verbände abgeschlossen.

Gemeine Stärke referierte bei den Straßenreinigern über den Wert einer einfaches Organisation für die jährlichen Streener. Diese Versammlung erfuhrte in eins guten Resonanz und bat die Straßenreiniger davon überzeugt, daß sie im Gemeindes arbeiterverbund besser aufgehoben sind, als im "unvorbildlichen" Handels- und Transportarbeiterverbund. Die Tatsache, daß nur zwei Versammlungen während eines Vierteljahrs stattfanden, konnte sicherlich bei manchen die Meinung erwecken, daß das dritte Quartal ein ruhiges war. Das kann jedoch wie gesagt, nur noch außen hin der Fall sein. Zur Jährlin berichtete vielmehr intensive Tätigkeit. Sicherlich war auch verhindert worden, daß man den Arbeitern, die Tag für Tag von dem Zentralausschuss der Zone oder der Volksgesellschaft in den Glas- und Elektroarbeitsaufgaben beschäftigt sind, nicht alle Stellen zajmten kann, zwei oder drei Gründen den Straßenreinigern zu offenbaren.

Ob wir das die Zährlin erlaubten, müssen wir noch einmal bestimmen zu untersuchen. Wenn nicht die endgültige Einführung des Arbeit und Dienstes für die Hausarbeiter der Gewerkschaft. Die viermonatliche Prognos

hat sich so gut bewährt, daß das Betriebsamt die dauernde Einführung befehlte. Das ist sehr erfreulich, indes gibt es noch vieles zu verbessern. Die Wahl ist aber nun frei.

Von der Zukunft rechnung wäre zu berichten, daß man jetzt anfängt, die "Uniform" zu reformieren. So hat man "schon" eine neue Mütze eingeführt. Sie ist 185 Gramm leichter als die alte und das allerbeste an ihr ist: das ominöse große Kinnenschild ist gefallen. Vier Buchstaben und das Stadtwappen verziert jetzt denselben Zweck. Hoffentlich verschwindet auch bald der blaue Kittel. Mit den zur Ausgabe gelangten Uniformen glaubte man wohlseinlich den Arbeitern einen Dienst zu erweisen. Leider erlebte man eine Enttäuschung, denn die Arbeiter können absolut nicht den Wert der Uniformen begreifen. Diese verschleien vollständig ihren Zweck und obendrein sind sie nicht mal wasserfest. Warum hat die Verwaltung nicht gleich Regenmantel, wie so oft schon gefordert, eingeführt? — Eine andere Sache darf auch nicht unerwähnt bleiben. Der Rat hatte für die Stadtverordneten und Vertreter des Preußischen Beauftragten einer Reihe städtischer Betriebe veranstaltet. Es wurden besprochen die Verabsiedlung der Schwemmanalisation, die Elektrizitätswärme, die Heile und Pflegewahl genannt die "Sieche", das neue Wasserwerk in Volksweg sowie die Wasserversorgung in Neustadt. Der Entschluß des Rates, auf diese Art den Stadtwätern einen Eindruck in das jüngste dieser Betriebe zu verschaffen, ist ja an sich sehr läßlich. Letzter werden bei solchen Anlässen die Betriebe sogenannten Präsentationsvorträgen vorgeführt. Da wird vorher tagelang geprägt und geschnitten, da werden Tischaufsteller, Motoren und Männer aufgestellt. Hat ein Betrieb nicht genug von diesen Leuten auszureichen, werden sie von einem anderen Betrieb abkommandiert. Mit großen Quantitäten von Erfahrung ist man bewußt, die Zuhörer der Präsentationsvorträge aus der Welt zu idarischen Löchern werden in die Wand gerissen, um Ventilation zu schaffen. Fensterläden werden eingesetzt und die Belaudung der Arbeitspläne wird zu nie gebliebener Vollheit gesteigert. Nach diesen Vorbereitungen ist es dann kein Wunder, wenn die initiiierenden Stadtwäter einen höchst vorzüglichen Eindruck von der "Mutterstadt" der städtischen Betriebe erhalten. Seliger Potentat! Nun eigentlich können sich auch die Arbeiter dabei zufrieden geben. Denn mit einem Solchen wird ihre "Pride", die lange, lange schon einer Renovierung bedürftig, in den Stand gesetzt. In dieser Prachtziehung haben derartige Ertürenen wenigstens ein gutes.

Leider müssen aber die Zuhörer ein schiefes, unvollkommenes Bild von dem wirklichen Zustande erhalten. Zu glauben, es sei immer so sauber, so hell erleuchtet und so idisch lustig. Würden sie nur einmal zu anderer Zeit und unangemeldet kommen, so würde ihnen wahrscheinlich manches in einem anderen Licht erscheinen. Wir wollen aber hoffen, daß die einzelnen Betriebsleitungen bemüht sein werden, die Betriebe immer in solchen "Paradiesen" zu erhalten.

Nun zum finanziellen Ergebnis des abgelaufenen Vierteljahres. Es zeigt folgendes Bild:

**Die Einnahmen an Beiträgen, Eintrittsgeldern, Delegierten- und Sekretariatssteuern, Zinsen ergeben die Summe von . . . . . 8455,44 Ml.  
hierzu der Bestand vom II. Quartal . . . . . 10111,58 „  
ergibt eine Gesamteinnahme von . . . . . 19567,02 Ml.**

Die Ausgaben weisen folgende Posten auf:  
An die Hauptstelle . . . . . 2351,23 Ml.  
Die örtliche Verwaltung und Bezirksklassifizierer . . . . . 1406,61 „  
Agitation, Propaganda . . . . . 476,18 „  
Virenmiete, Belaudung u. . . . . 320, „  
Unterstützung der Mitglieder . . . . . 1316, „  
Sterbeunterstützung für Ehefrauen . . . . . 170, „  
Für den Kampfonds der Hauptstelle . . . . . 500, „  
Diverse, Porto, Arbeitssekretariat . . . . . 217,75 „  
**757,77 Ml.**

**A b s c h l u s s :**  
Gesamteinnahme . . . . . 18567,02 Ml.  
Gesamtausgabe . . . . . 6757,77 „  
bleibt Bestand . . . . . 11809,25 Ml.  
mehr gegen das vorige Quartal 1037,67 Ml.

Zum Gegenstand zu diesem günstigen finanziellen Resultat ist die Mitgliederbewegung nicht zu erfreuen. Wohl sind 115 Neuauflnahmen zu verzeichnen, aber nicht weniger als 95 sind wieder ausgetreten. Eine Anzahl ist ja zum Militärdienst eingezogen, andere haben die Arbeit gewechselt, die größere Zahl jedoch mußte wegen zu niedriger Beiträge gestrichen werden. Diese Tatsache zeigt deutlich, daß viele Arbeiter den Wert der Organisation noch nicht erkannt haben. Für jede Neuauflnahme wird der Verband verantwortlich gemacht, und wie ein alter Aesop an den Nagel gehängt. Dann wird geschimpft über schlechten Verdienst, Säulen der Vorgesetzten, lange Arbeitszeit. Zu ihrer Kurzichtigkeit fehlen viele nicht, daß damit nicht das allgemeine geändert wird. Sie bedenken nicht, daß die gewerbliche Tätigkeit große Geduld erfordert, und daß hier mehr wie andernfalls der Fall gilt: "Wer nicht sieht, der kann auch nicht erraten." Diese Erscheinungen

müssen beseitigt werden. Dabei kann und muß jeder mithelfen. Es genügt nicht, daß die Beiträge regelmäßig bezahlt werden. Jeder Verbandskollege hat die Pflicht, die Mitarbeiter auf die Organisation aufmerksam zu machen, ihnen den Wert derselben zu erklären. Wenn sich von den jetzigen 1100 Mitgliedern jeder zur Aufgabe macht, dem Verband nur ein Mitglied zuzuführen, in kurzer Zeit hätte sich unsere Mitgliederzahl, und damit selbstverständlich auch unser Einfluß verdoppelt.

Mölegen! Wir müssen vorwärts kommen! Darum arbeite jeder, soweit in seinen Kräften steht, für die Organisation, im Interesse seiner selbst!

## Die Stellungnahme unserer Bremer Kollegen zum Ruhegehalt-Gesetzentwurf für die bremischen Staatsarbeiter.

Doch die Arbeiter des Bremer Staates dieser Angelegenheit das größte Interesse entgegenbringen, ist nur zu begreiflich. Die am Dienstag, den 9. Oktober, im "Colosseum" abgehaltene Versammlung war denn auch entsprechend befürchtet. Unser Verbands-Vorsitzender Albin Mohs - Berlin hielt das einleitende Referat. Er führte etwa folgendes aus: Die vorliegende Frage ist von den verschiedensten Seiten beleuchtet und lange genug in Erwägung gezogen worden. Die Beratungen in den verschiedenen Körperschaften haben sich einige Jahre hingezogen. In diesem Falle kann man wirklich sagen: "Was lange dauert, wird schlecht." Wurde doch die Pensionierung und Hinterbliebenenversorgung für die bremischen Staatsarbeiter schon im Jahre 1900 gelegentlich des sog. Staatsarbeiterantrages durch die sozialdemokratischen Bürgerchaftsmitglieder zur Debatte gebracht. 1902 kam die Sache an eine Deputation und 1903 stimmte dann endlich der Senat dem zu. Zeit liegt nun, nach 3½-jähriger Arbeit der Deputation der Entwurf vor, der allerdings nur auf langst veraltetem Material aufgebaut ist. Die ganze mathematische Ausschöpfung durch die Ausarbeiter des Entwurfs wäre überflüssig gewesen, wenn man sich bei den in Frage kommenden Anfangen und Verwaltungen erklündigt hätte. Der ganze Entwurf ist nichts anderes als ein Abdruck eines Teiles des Nürnbergischen Werkes. Wenn wir als Arbeiter mit solch altem Material, was bereits 5 Jahre zurückliegt, arbeiten, dann würden diese Herren sagen, das Material ist ja längst überholt. Es muß besonders hervorgehoben werden und man sieht es jetzt allmählich ein, daß der Arbeiter ein ebenso müßiges Mitglied der menschlichen Gesellschaft ist, wie der Beamte. Nun liegt aber die Sache so, daß die Beamten keine Beiträge für ihre Pension zu bezahlen brauchen, trotzdem der Beamte schon besser bezahlt wird, wie der Arbeiter. Man sagt sich, wenn der Arbeiter etwas haben will, so mag er auch die Kosten mittragen. Damit setzt sich die Premer Stadtverwaltung selbst mit der Ansicht jener Leute in Gegenwart, mit denen sie sonst einer Meinung ist; z. B. mit der diesbezüglichen Ansicht des Breslauer Bürgermeisters. Zu ihrem Entwurf erkennt die Stadtverwaltung an, daß die Bremer Staatsarbeiter nicht in stande sind, sich von ihrem Verdienst Ersparnisse zu machen.

An der ganzen Alters- und Hinterbliebenen-Versorgungsgewährung gibt es verschiedene Kategorien. Wir haben eine Zusammenstellung von 61 Städten, zu denen neuerdings noch einige hinzugekommen sind, so daß wir sagen können, wir haben gegenwärtig gegen 70 Städte, die Alters- und Hinterbliebenenversorgung an die Arbeiter gewähren. Von den 61 Städten erheben 55 keine Beiträge von den Arbeitern. Die Tabelle des Entwurfs, die auf die Höhe der Beitragssummen Bezug nimmt, hat keine Gültigkeit mehr, sie stammt nämlich schon aus dem Jahre 1901. Wenn eine Stadtverwaltung etwas machen will, womit sie glänzen möchte, dann hätte man doch von den Entwürfen anderer Städte das Beste vom besten nehmen sollen. Das hat die Verwaltung aber nicht getan. Das Resultat des vorliegenden Entwurfs wird sein, daß die Mehrheit der Arbeiter nicht in den Genuss der Rente kommen wird. Wenn die Arbeiter dann nach ihrem Ausritt aus dem staatlichen Arbeitsverhältnis 66 Pfg. für die Versicherung bezahlen sollen, dann können sie sich in jeder Privatversicherung versichern, dann brauchen sie den Premer Staat nicht. Die Hinterbliebenenversorgung ist von der Premer Verwaltung abgelehnt, weil im Jahre 1910 von Staat wegen der Hinterbliebenenversorgung in Kraft tritt. Was aber kleine Städte tun, das sollte der Premer Staat auch können. Es ist das alte Bild, wenn es sich um den Arbeiter handelt, dann wird immer die Finanzlage herangezogen. Man will immer was für die Arbeiter tun, aber durchgreifende Verbesserungen zu schaffen, das gibt es nicht. Den Arbeitern soll nun die Beitragssumme dadurch erhöht werden, daß sie auf den Preis impruch hingewiesen werden. Wir sagen aber: Wenn der Preis ansprüchlich ist durch Beiträge erlaubt werden soll, so verzichten wir darauf. Nun mag es ja ganz davon sein, daß der Arbeiter in die Lage versetzt werden soll, die Versicherung einmal freiwillig fortsetzen zu können. Wenn man aber 400 M. als Ruhegehalt ansetzt, so ist das selbst dann eine Verschlechterung für

die Arbeiter der Erleuchtungs- und Wasserversorgung, wenn sie auch keine Beiträge bezahlen sollten. Wie die Verwaltung diese Position verteidigen will, bleibt ein Rätsel. Wenn auch angeführt wird, daß andere Städte nicht dasselbe leisten, was hier geleistet werden soll, so sehen wir uns doch einmal die Leistungen anderer Verwaltungen an. Da steht sich nun heraus, daß die Bremer Verwaltung nach 10 Jahren 240 Ml. zahlt, während die meisten Städte dann bereits 300 Ml. gewähren. Hier in Bremen sollen nach 30 Jahren 400 Ml. geworben werden, in Bamberg und verschiedenen anderen Städten drogen der volle Lohn. Und in Berlin wird <sup>z</sup> des bisherigen Dienstesommens geleistet, also auch dort kommt mehr heraus, wie in Bremen. Freiburg und Straßburg gewähren Rechtsanspruch, trotzdem die Arbeiter keine Beiträge bezahlen. Wenn auf diesem Gebiete die Verwaltungen etwas machen wollen, so sollten sie doch wenigstens kein Erfordernis machen. Nun hoffe ich, daß diese Punkte noch einmal in der Verwaltung durchgespielt werden und daß man dabei den Wünschen der Arbeiter Rechnung trägt. Sollen hier Verbesserungen erreichen werden, so kommt zunächst der Radikalismus durch die Organisation in Frage. Wir müssen dafür sorgen, daß auch die Mitglieder des Arbeiterausschusses aus Pensionen bestehen, die umfangreiche und die Interessen der Arbeiter voll und ganz vertreten zu können. Die Organisation hat auch dafür Sorge zu tragen, daß von den Arbeitervetretern in der Bürgerlichkeit ihre Wünsche in richtiger Weise vorgetragen und diesen entsprechende Unterlagen gegeben werden. Zu bedauern wäre es, wenn etwas Gleiches würde auf Grund von Dingen, die schon längst nicht mehr bestehen. Es bedarf hier noch einer stützenden Agitation, es gilt die Organisation weiter auszubreiten, dann werden die Wünsche des Arbeiters mehr realisiert. Sorgen Sie also dafür, daß Sie stärker werden, dann kann der Erfolg niemals ausbleiben. Lebhafter Verfall folgte diesen Ausführungen.

In den Diskussionen wurde angeführt, daß die Mathematiker bei der Ausarbeitung des Entwurfs einfließend eingingen, daß der Magistrat des alten Stadtkreises darunter so gesunken ist, daß er nicht mehr so viel braucht, auch könnte man diese medizinen Unterstellungen doch nicht zur Annahme empfehlen. Da die neuen Beitragsabgaben bei keiner in der Lage ohne Auswirkungen auf die Rentenversicherung auszukommen. Es werde auch kein Arbeiter in den Dienst des Sozialen Rentenversicherungssatzes kommen, weil keiner imstande sein werde, 50 Jahre in den Staat betrieben zu arbeiten. Es wäre besser, wenn der Arbeiter die Beiträge im Haushalt verweide, wo er das Geld so notwendig habe; das sei entweder nötiger, als wenn es der Staat auf die hohe stände lege. Es würde auch für zweckmäßiger gehalten, wenn die Verwaltung umsofort eine ausreichende Volme eingeschränkt wäre.

Gemeine Abteilung Bürgerschaftsmitglied führt in der Diskussion an, daß auch er der Meinung ist, von dem Entwurf dürfe man sich nicht zu viel versprechen. Wie die Verhandlungen der Bürgerschaft verfolgt habe, der wurde zuletzt mit dem, den die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion für alle ordentliche Wünsche habe, das auf sozialdemokratischem Wege mehr gedenken werde; aber man werde auch müssen müssen, daß hier in der Bürgerschaft noch mit viel größeren Erfolgen rechnen. In der Bremer Bürgerschaft sei es auch, daß man den Sozialen Rentenversicherungssatz gemacht werde. Redner unter einer Notiz der "Werke Zeitung", die im Vergleich zu sozialdemokratischen Maßnahmen empfiehlt, nicht zu experimentieren. Sie sei auch in der Bürgerschaft vorbereitend. Es handele sich nur überdurch, ob man diesen Entwurf annehmen oder ablehnen möchte. Das sei aber Sache der Arbeiter, darüber zu entscheiden. Redner ist Redner der Meinung, daß man dem Entwurf zunächst seine Zustimmung geben soll, brachte aber immer auf Beobachtungen drinzen müsse. Die Herren, die so in die Sache in dieser Tasse haben, müssen unbedingt berücksichtigen, daß weit bewußt gestritten werden muß. Unter diesen Bedingungen könne man dem Entwurf die Zustimmung geben.

Bei den betriebslosen Arbeitern selbst wird dagegen der Standpunkt vertreten, daß, falls man die Wünsche der Arbeiter nicht berücksichtige, man den Entwurf ablehnen müsse. Da diesem Entwurf vertreten der Prozent der Stadtbewohner, daß die Arbeiter keinen Glück in seinem Entwurf, was auf sozialen Beurteilungskriterien fuße für die Was., Wasser- und Elektrizitätswerke bietet. Der Entwurf einer Beitragsabgabe und dazu durch der Arbeiter keine Hand nicht bieten. Die Betriebshörer forderte man die Arbeiter schaum ganz anders. Verbalten Sie sich jetzt bei einem Experimentieren, dann behalten Sie sich auch bei dem Drang ins Drallen.

Rhein benennt noch in einer fasshöflichen Bemerkung, daß von einer Ausprägung der Begründung nicht die Rede sein könnte, wenn er die Annahme des Entwurfs empfohlen habe.

Abstehende Resolution wurde einstimmig von der Versammlung angenommen:

"Die heute, am 9. Februar, im Colosseum stattfindende öffentliche Staatsarbeiterversammlung kann sich mit dem von der Deputation vorgelegten Entwurf, die Wiedereinführung für die Staatsarbeiter betreffend, nicht einverstanden erklären. Die Versammlung erwartet daher von den gesetzgebenden Störper-

schaften, daß die in der Vorlage festgesetzte Beitragspflicht der Arbeiter beseitigt werde. Die Versammlungen schaffen das um so mehr, als auch den Beamten ein Rechtsanspruch ohne Beitragspflicht auf Pensionierung zusichert und ein prinzipieller Unterschied zwischen Beamten und Arbeitern nicht vorhanden ist. Die Versammlungen steht dabei in Erwägung, daß es bei den heutigen herrschenden Beziehungen zwischen Beamten und Arbeitern unmöglich ist, mit den in der Vorlage festgesetzten Beitragsabgaben auszukommen, ohne die Armeespiele in Anspruch zu nehmen. Keiner erachtet die Versammlung die in dem Entwurf ausgedehnte Witten- und Wasenversorgung als dringend notig. Daher erwartet die Versammlung von der Bürgerschaft, daß die in der Resolution vorgebrachten Wünsche und Bedenken bei der Prüfung der Vorlage genügend berücksichtigt und beachtet werden. Die Versammlung erhält von der Bürgerschaft, daß sie sich die von der Deputation vorgebrachte Begründung des Entwurfs, die nach ganz berücksichtigt, bereits vor fünf Jahren bestehenden Beziehungen verfaßt worden ist und die mit den heutigen Beziehungen in ganz keine Verbindung zu bringen ist, mit zu eigen macht. Keiner erläutert die Versammlungen, daß sie in der Vorlage eine Verschärfung der bestehenden Rentenverhältnisse der Arbeiter der Erleuchtungs- und Wasserversorgung erblicken."

Auf diesen wird von der Versammlung folgender Antrag angenommen:

"Die heutige öffentliche Staatsarbeiterversammlung erachtet die sozialdemokratischen Vertreter in der Bürgerschaft, wenn die Vorlage in ihrer jetzigen Form Geiß werden soll, dagegen zu stimmen."

Zur weiteren Information führen wir an, daß zurzeit aus der Rentenversicherung die erledigungs- und Wissenswerte 31 aktive Personen und 46 Witwen vertragsbedienten Beamten registriert, die totale Personen beträgt 800. Nach statist. Daten folgen 100, 120 usw. aktive Personen mit 120 gleich, ob etwas ohne Rücksicht auf Qualifikation. Zur Ausgabe der Rentenfälle werden damit aus den Alterskreis der Rentenfälle und dieser Personen der tatsächlichen Verschaffung in der Regel von ein bis zwei Jahren abweichen. Dies schreibt sich in der Statistik für die Rentenfälle im Beziehungsmaßstab von 100 pro 1000 und darüber, pro 100000 Einwohner. Von der neuen Zustimmung sollen planmäßig 100000 bis 120000 und die Hälfte des fortlaufenden Jahres belastet, nämlich damit seitens 100 bis 120 Ml. bei Bürgerschaft, 100000 bis 120000 und die Hälfte des fortlaufenden Jahres belastet. Diese Zustimmung des Hauses als einen ersten Schritt anzusehen, kann man noch bedenken, daß außerdem jeder Arbeitnehmer 22 Ml. Renten pro Woche verdient, soll, während die Was., Wasser- und Elektrizitätswerke ebenso wie die Witten- und Wasenversorgung, ebenso wie die Beamten und Dienstleister auf keinen Fall und sofort dazu nicht, wenn ihnen die Zusage noch so lang verweigert wird.

### Cohnpolitik der Stadt Elberfeld.

Als vor neuerdings zwei Jahren die Cohnpolitik der Stadt arbeiter in Elberfeld eine hohe Beliebtheit, später jedoch eine Regelmäßigkeit erfahren, alarmiert wohl alle Städte, daß die niedrige Wohnzulage gegen angestellt wurde, und in Wald zu erwarten sei. Diese Zustimmung haben jedoch eine gar gewollte Zustimmung erfahren. Richten zwei Jahre haben zu warten müssen. Damals, Anfang 1904, wurden die Handwerker und Cohnarbeiter mit 3,00 bis 1,50 Ml. die Schleifarbeiter mit 3,20 bis 3,40 Ml. erhöht, und die Hof- und Reinigungsarbeiter mit 3,20 bis 3,40 Ml. erhöht, und der Verhöhung 1904 wurden den Cohnarbeiter und Handwerkern 3,50 bis 4,00 Ml. den Schleifarbeitern, Stoßarbeiter, Generatorennern, Reinigungsarbeitern 3,80 bis 4,00 Ml., den Hof- und Reinigungsarbeitern 3,20 bis 3,70 Ml. erhöht. Am 1. April 1906 wurde dann der Abhunderttag für Bettler keine eingeholt. Wie verlorenen fehlendes, daß dies der Versammlung Melioratoren berücksichtigt hat. Die Zustimmung steht aber auch bereit, daß in den letzten Jahren die Ausgaben der Arbeiter ganz zunehmend gestiegen sind. Lebensmittel und Wohnungsmieten sind ganz entsprechend in die Höhe gegangen. In der Wohnungsmiete hat man dementsprechend leichtlich nennen-werte Wohnzulagen für die Arbeiter einzutragen lassen. Die Zulage der Gesarbeiter stehen daher weit hinter denen in der Elberfelder Rentenversicherung zurück. Auch die Gesarbeiter in den anderen Städten mit fast gleicher Einwohnerzahl erhalten in den meisten Fällen höhere Zulage. Die Gesarbeiter Elberfelds reichten daher im Juli d. J. eine Eingabe an ihre Tuchfabrik ein, in der eine Erhöhung der Zulage finanziell bestätigt wurde, außerdem Verhöhung vom Sommerurlaub und die Errichtung eines Arbeiter-Ausflugsloches. Den Arbeitern ist nun ja auch eine Zulage erhöhung gewünscht werden. Zulage ist aber außergewöhnlich minimal. Sie verdient nicht einmal den kleinen Namen Pfennigzulage. Zur besseren Erklärung über diese Art Cohnpolitik lassen wir eine Vergleichsziffer der eingeholten Zulagen folgen:

	bisher	In der Eingabe wurde verlangt	Es wurde gewährt
Pfenarbeiter.	Anfangslohn 3,90 M., nach einem halben Jahre 10 Pf., dann alle Jahre 10 Pf. Zulage bis zu 4,50 M.	Anfangslohn 4,00 M., nach einem halben Jahre 4,40 M., sodann steigend pro Jahr um 10 Pf. bis zu 5,00 M.	Anfangslohn 4,00 M., nach einem halben Jahre 4,10 M., sodann steigend pro Jahr um 10 Pf. bis 4,50 M., von da ab alle 2 Jahre steigend bis zu 4,80 M.
Kohlenfahrer, Generatorenreiniger, Moloschler, Kessellägerer, Motorwärter, Waschstoffgasarbeiter.	Anfangslohn 3,80 M., steigend pro Jahr um 10 Pf. bis 4,00 M.	Anfangslohn 4,00 M., steigend pro Jahr um 10 Pf. bis zu 4,50 M.	Anfangslohn 3,80 M., steigend pro Jahr um 10 Pf. bis zu 4,00 M., sodann alle 2 Jahre um 10 Pf. steigend bis zu 4,20 M.
Handwerker.	Stunden mit den Pfenarbeitern gleich.	Anfangslohn 1,50 M., steigend pro Jahr um 20 Pf. bis zu 5,00 M.	Wie Pfenarbeiter.
Hofsarbeiter, Reinigungsarbeiter.	Anfangslohn 3,30 M., steigend pro Jahr um 10 Pf. bis zu 3,70 M.	Anfangslohn 3,00 M., nach dem ersten Jahre steigend um 20 Pf. sodann alle Jahre steigend um 10 Pf. bis zu 4,20 M.	Anfangslohn 3,30 M., steigend pro Jahr um 10 Pf. bis zu 3,80 M.

Die sonst rohsozialen Parteien setzen nach ihrem Dienstalter in die Vereinigung einsteigen werden.

Der soziale Zusammenhang erfordert einen ersten Bild, daß von einer weiteren Voraussetzung, auf die alle Parteien kommen, nicht verzichtet werden darf. Die Pfenarbeiter sind mit einer sehr kleinen Zahl im Betriebe da. Das kann von mir jetzt noch die 6½ Jahre sein. Nach 6½ Jahren und erhalten mindestens von 20 bis zu 30 Pf. Bei den anderen Arbeitern, wie Kohlenfahrer etc. wird, werden also immer, aus dem 1. Jahre beginnend, weitere Vergütungen vorgenommen. So ist das z. Beispiel erhalten 10 Pf., die jedoch die 2. Jahre weiter 20 Pf. erhält. Auch die Kohlenfahrer und Motorwärter erhält nach dem Dienstjahr 10 Pf. 12 Pf. 14 Pf. 16 Pf. 18 Pf. 20 Pf. 22 Pf. 24 Pf. 26 Pf. 28 Pf. 30 Pf. 32 Pf. 34 Pf. 36 Pf. 38 Pf. 40 Pf. 42 Pf. 44 Pf. 46 Pf. 48 Pf. 50 Pf. 52 Pf. 54 Pf. 56 Pf. 58 Pf. 60 Pf. 62 Pf. 64 Pf. 66 Pf. 68 Pf. 70 Pf. 72 Pf. 74 Pf. 76 Pf. 78 Pf. 80 Pf. 82 Pf. 84 Pf. 86 Pf. 88 Pf. 90 Pf. 92 Pf. 94 Pf. 96 Pf. 98 Pf. 100 Pf. 102 Pf. 104 Pf. 106 Pf. 108 Pf. 110 Pf. 112 Pf. 114 Pf. 116 Pf. 118 Pf. 120 Pf. 122 Pf. 124 Pf. 126 Pf. 128 Pf. 130 Pf. 132 Pf. 134 Pf. 136 Pf. 138 Pf. 140 Pf. 142 Pf. 144 Pf. 146 Pf. 148 Pf. 150 Pf. 152 Pf. 154 Pf. 156 Pf. 158 Pf. 160 Pf. 162 Pf. 164 Pf. 166 Pf. 168 Pf. 170 Pf. 172 Pf. 174 Pf. 176 Pf. 178 Pf. 180 Pf. 182 Pf. 184 Pf. 186 Pf. 188 Pf. 190 Pf. 192 Pf. 194 Pf. 196 Pf. 198 Pf. 200 Pf. 202 Pf. 204 Pf. 206 Pf. 208 Pf. 210 Pf. 212 Pf. 214 Pf. 216 Pf. 218 Pf. 220 Pf. 222 Pf. 224 Pf. 226 Pf. 228 Pf. 230 Pf. 232 Pf. 234 Pf. 236 Pf. 238 Pf. 240 Pf. 242 Pf. 244 Pf. 246 Pf. 248 Pf. 250 Pf. 252 Pf. 254 Pf. 256 Pf. 258 Pf. 260 Pf. 262 Pf. 264 Pf. 266 Pf. 268 Pf. 270 Pf. 272 Pf. 274 Pf. 276 Pf. 278 Pf. 280 Pf. 282 Pf. 284 Pf. 286 Pf. 288 Pf. 290 Pf. 292 Pf. 294 Pf. 296 Pf. 298 Pf. 300 Pf. 302 Pf. 304 Pf. 306 Pf. 308 Pf. 310 Pf. 312 Pf. 314 Pf. 316 Pf. 318 Pf. 320 Pf. 322 Pf. 324 Pf. 326 Pf. 328 Pf. 330 Pf. 332 Pf. 334 Pf. 336 Pf. 338 Pf. 340 Pf. 342 Pf. 344 Pf. 346 Pf. 348 Pf. 350 Pf. 352 Pf. 354 Pf. 356 Pf. 358 Pf. 360 Pf. 362 Pf. 364 Pf. 366 Pf. 368 Pf. 370 Pf. 372 Pf. 374 Pf. 376 Pf. 378 Pf. 380 Pf. 382 Pf. 384 Pf. 386 Pf. 388 Pf. 390 Pf. 392 Pf. 394 Pf. 396 Pf. 398 Pf. 400 Pf. 402 Pf. 404 Pf. 406 Pf. 408 Pf. 410 Pf. 412 Pf. 414 Pf. 416 Pf. 418 Pf. 420 Pf. 422 Pf. 424 Pf. 426 Pf. 428 Pf. 430 Pf. 432 Pf. 434 Pf. 436 Pf. 438 Pf. 440 Pf. 442 Pf. 444 Pf. 446 Pf. 448 Pf. 450 Pf. 452 Pf. 454 Pf. 456 Pf. 458 Pf. 460 Pf. 462 Pf. 464 Pf. 466 Pf. 468 Pf. 470 Pf. 472 Pf. 474 Pf. 476 Pf. 478 Pf. 480 Pf. 482 Pf. 484 Pf. 486 Pf. 488 Pf. 490 Pf. 492 Pf. 494 Pf. 496 Pf. 498 Pf. 500 Pf. 502 Pf. 504 Pf. 506 Pf. 508 Pf. 510 Pf. 512 Pf. 514 Pf. 516 Pf. 518 Pf. 520 Pf. 522 Pf. 524 Pf. 526 Pf. 528 Pf. 530 Pf. 532 Pf. 534 Pf. 536 Pf. 538 Pf. 540 Pf. 542 Pf. 544 Pf. 546 Pf. 548 Pf. 550 Pf. 552 Pf. 554 Pf. 556 Pf. 558 Pf. 560 Pf. 562 Pf. 564 Pf. 566 Pf. 568 Pf. 570 Pf. 572 Pf. 574 Pf. 576 Pf. 578 Pf. 580 Pf. 582 Pf. 584 Pf. 586 Pf. 588 Pf. 590 Pf. 592 Pf. 594 Pf. 596 Pf. 598 Pf. 600 Pf. 602 Pf. 604 Pf. 606 Pf. 608 Pf. 610 Pf. 612 Pf. 614 Pf. 616 Pf. 618 Pf. 620 Pf. 622 Pf. 624 Pf. 626 Pf. 628 Pf. 630 Pf. 632 Pf. 634 Pf. 636 Pf. 638 Pf. 640 Pf. 642 Pf. 644 Pf. 646 Pf. 648 Pf. 650 Pf. 652 Pf. 654 Pf. 656 Pf. 658 Pf. 660 Pf. 662 Pf. 664 Pf. 666 Pf. 668 Pf. 670 Pf. 672 Pf. 674 Pf. 676 Pf. 678 Pf. 680 Pf. 682 Pf. 684 Pf. 686 Pf. 688 Pf. 690 Pf. 692 Pf. 694 Pf. 696 Pf. 698 Pf. 700 Pf. 702 Pf. 704 Pf. 706 Pf. 708 Pf. 710 Pf. 712 Pf. 714 Pf. 716 Pf. 718 Pf. 720 Pf. 722 Pf. 724 Pf. 726 Pf. 728 Pf. 730 Pf. 732 Pf. 734 Pf. 736 Pf. 738 Pf. 740 Pf. 742 Pf. 744 Pf. 746 Pf. 748 Pf. 750 Pf. 752 Pf. 754 Pf. 756 Pf. 758 Pf. 760 Pf. 762 Pf. 764 Pf. 766 Pf. 768 Pf. 770 Pf. 772 Pf. 774 Pf. 776 Pf. 778 Pf. 780 Pf. 782 Pf. 784 Pf. 786 Pf. 788 Pf. 790 Pf. 792 Pf. 794 Pf. 796 Pf. 798 Pf. 800 Pf. 802 Pf. 804 Pf. 806 Pf. 808 Pf. 810 Pf. 812 Pf. 814 Pf. 816 Pf. 818 Pf. 820 Pf. 822 Pf. 824 Pf. 826 Pf. 828 Pf. 830 Pf. 832 Pf. 834 Pf. 836 Pf. 838 Pf. 840 Pf. 842 Pf. 844 Pf. 846 Pf. 848 Pf. 850 Pf. 852 Pf. 854 Pf. 856 Pf. 858 Pf. 860 Pf. 862 Pf. 864 Pf. 866 Pf. 868 Pf. 870 Pf. 872 Pf. 874 Pf. 876 Pf. 878 Pf. 880 Pf. 882 Pf. 884 Pf. 886 Pf. 888 Pf. 890 Pf. 892 Pf. 894 Pf. 896 Pf. 898 Pf. 900 Pf. 902 Pf. 904 Pf. 906 Pf. 908 Pf. 910 Pf. 912 Pf. 914 Pf. 916 Pf. 918 Pf. 920 Pf. 922 Pf. 924 Pf. 926 Pf. 928 Pf. 930 Pf. 932 Pf. 934 Pf. 936 Pf. 938 Pf. 940 Pf. 942 Pf. 944 Pf. 946 Pf. 948 Pf. 950 Pf. 952 Pf. 954 Pf. 956 Pf. 958 Pf. 960 Pf. 962 Pf. 964 Pf. 966 Pf. 968 Pf. 970 Pf. 972 Pf. 974 Pf. 976 Pf. 978 Pf. 980 Pf. 982 Pf. 984 Pf. 986 Pf. 988 Pf. 990 Pf. 992 Pf. 994 Pf. 996 Pf. 998 Pf. 1000 Pf. 1002 Pf. 1004 Pf. 1006 Pf. 1008 Pf. 1010 Pf. 1012 Pf. 1014 Pf. 1016 Pf. 1018 Pf. 1020 Pf. 1022 Pf. 1024 Pf. 1026 Pf. 1028 Pf. 1030 Pf. 1032 Pf. 1034 Pf. 1036 Pf. 1038 Pf. 1040 Pf. 1042 Pf. 1044 Pf. 1046 Pf. 1048 Pf. 1050 Pf. 1052 Pf. 1054 Pf. 1056 Pf. 1058 Pf. 1060 Pf. 1062 Pf. 1064 Pf. 1066 Pf. 1068 Pf. 1070 Pf. 1072 Pf. 1074 Pf. 1076 Pf. 1078 Pf. 1080 Pf. 1082 Pf. 1084 Pf. 1086 Pf. 1088 Pf. 1090 Pf. 1092 Pf. 1094 Pf. 1096 Pf. 1098 Pf. 1100 Pf. 1102 Pf. 1104 Pf. 1106 Pf. 1108 Pf. 1110 Pf. 1112 Pf. 1114 Pf. 1116 Pf. 1118 Pf. 1120 Pf. 1122 Pf. 1124 Pf. 1126 Pf. 1128 Pf. 1130 Pf. 1132 Pf. 1134 Pf. 1136 Pf. 1138 Pf. 1140 Pf. 1142 Pf. 1144 Pf. 1146 Pf. 1148 Pf. 1150 Pf. 1152 Pf. 1154 Pf. 1156 Pf. 1158 Pf. 1160 Pf. 1162 Pf. 1164 Pf. 1166 Pf. 1168 Pf. 1170 Pf. 1172 Pf. 1174 Pf. 1176 Pf. 1178 Pf. 1180 Pf. 1182 Pf. 1184 Pf. 1186 Pf. 1188 Pf. 1190 Pf. 1192 Pf. 1194 Pf. 1196 Pf. 1198 Pf. 1200 Pf. 1202 Pf. 1204 Pf. 1206 Pf. 1208 Pf. 1210 Pf. 1212 Pf. 1214 Pf. 1216 Pf. 1218 Pf. 1220 Pf. 1222 Pf. 1224 Pf. 1226 Pf. 1228 Pf. 1230 Pf. 1232 Pf. 1234 Pf. 1236 Pf. 1238 Pf. 1240 Pf. 1242 Pf. 1244 Pf. 1246 Pf. 1248 Pf. 1250 Pf. 1252 Pf. 1254 Pf. 1256 Pf. 1258 Pf. 1260 Pf. 1262 Pf. 1264 Pf. 1266 Pf. 1268 Pf. 1270 Pf. 1272 Pf. 1274 Pf. 1276 Pf. 1278 Pf. 1280 Pf. 1282 Pf. 1284 Pf. 1286 Pf. 1288 Pf. 1290 Pf. 1292 Pf. 1294 Pf. 1296 Pf. 1298 Pf. 1300 Pf. 1302 Pf. 1304 Pf. 1306 Pf. 1308 Pf. 1310 Pf. 1312 Pf. 1314 Pf. 1316 Pf. 1318 Pf. 1320 Pf. 1322 Pf. 1324 Pf. 1326 Pf. 1328 Pf. 1330 Pf. 1332 Pf. 1334 Pf. 1336 Pf. 1338 Pf. 1340 Pf. 1342 Pf. 1344 Pf. 1346 Pf. 1348 Pf. 1350 Pf. 1352 Pf. 1354 Pf. 1356 Pf. 1358 Pf. 1360 Pf. 1362 Pf. 1364 Pf. 1366 Pf. 1368 Pf. 1370 Pf. 1372 Pf. 1374 Pf. 1376 Pf. 1378 Pf. 1380 Pf. 1382 Pf. 1384 Pf. 1386 Pf. 1388 Pf. 1390 Pf. 1392 Pf. 1394 Pf. 1396 Pf. 1398 Pf. 1400 Pf. 1402 Pf. 1404 Pf. 1406 Pf. 1408 Pf. 1410 Pf. 1412 Pf. 1414 Pf. 1416 Pf. 1418 Pf. 1420 Pf. 1422 Pf. 1424 Pf. 1426 Pf. 1428 Pf. 1430 Pf. 1432 Pf. 1434 Pf. 1436 Pf. 1438 Pf. 1440 Pf. 1442 Pf. 1444 Pf. 1446 Pf. 1448 Pf. 1450 Pf. 1452 Pf. 1454 Pf. 1456 Pf. 1458 Pf. 1460 Pf. 1462 Pf. 1464 Pf. 1466 Pf. 1468 Pf. 1470 Pf. 1472 Pf. 1474 Pf. 1476 Pf. 1478 Pf. 1480 Pf. 1482 Pf. 1484 Pf. 1486 Pf. 1488 Pf. 1490 Pf. 1492 Pf. 1494 Pf. 1496 Pf. 1498 Pf. 1500 Pf. 1502 Pf. 1504 Pf. 1506 Pf. 1508 Pf. 1510 Pf. 1512 Pf. 1514 Pf. 1516 Pf. 1518 Pf. 1520 Pf. 1522 Pf. 1524 Pf. 1526 Pf. 1528 Pf. 1530 Pf. 1532 Pf. 1534 Pf. 1536 Pf. 1538 Pf. 1540 Pf. 1542 Pf. 1544 Pf. 1546 Pf. 1548 Pf. 1550 Pf. 1552 Pf. 1554 Pf. 1556 Pf. 1558 Pf. 1560 Pf. 1562 Pf. 1564 Pf. 1566 Pf. 1568 Pf. 1570 Pf. 1572 Pf. 1574 Pf. 1576 Pf. 1578 Pf. 1580 Pf. 1582 Pf. 1584 Pf. 1586 Pf. 1588 Pf. 1590 Pf. 1592 Pf. 1594 Pf. 1596 Pf. 1598 Pf. 1600 Pf. 1602 Pf. 1604 Pf. 1606 Pf. 1608 Pf. 1610 Pf. 1612 Pf. 1614 Pf. 1616 Pf. 1618 Pf. 1620 Pf. 1622 Pf. 1624 Pf. 1626 Pf. 1628 Pf. 1630 Pf. 1632 Pf. 1634 Pf. 1636 Pf. 1638 Pf. 1640 Pf. 1642 Pf. 1644 Pf. 1646 Pf. 1648 Pf. 1650 Pf. 1652 Pf. 1654 Pf. 1656 Pf. 1658 Pf. 1660 Pf. 1662 Pf. 1664 Pf. 1666 Pf. 1668 Pf. 1670 Pf. 1672 Pf. 1674 Pf. 1676 Pf. 1678 Pf. 1680 Pf. 1682 Pf. 1684 Pf. 1686 Pf. 1688 Pf. 1690 Pf. 1692 Pf. 1694 Pf. 1696 Pf. 1698 Pf. 1700 Pf. 1702 Pf. 1704 Pf. 1706 Pf. 1708 Pf. 1710 Pf. 1712 Pf. 1714 Pf. 1716 Pf. 1718 Pf. 1720 Pf. 1722 Pf. 1724 Pf. 1726 Pf. 1728 Pf. 1730 Pf. 1732 Pf. 1734 Pf. 1736 Pf. 1738 Pf. 1740 Pf. 1742 Pf. 1744 Pf. 1746 Pf. 1748 Pf. 1750 Pf. 1752 Pf. 1754 Pf. 1756 Pf. 1758 Pf. 1760 Pf. 1762 Pf. 1764 Pf. 1766 Pf. 1768 Pf. 1770 Pf. 1772 Pf. 1774 Pf. 1776 Pf. 1778 Pf. 1780 Pf. 1782 Pf. 1784 Pf. 1786 Pf. 1788 Pf. 1790 Pf. 1792 Pf. 1794 Pf. 1796 Pf. 1798 Pf. 1800 Pf. 1802 Pf. 1804 Pf. 1806 Pf. 1808 Pf. 1810 Pf. 1812 Pf. 1814 Pf. 1816 Pf. 1818 Pf. 1820 Pf. 1822 Pf. 1824 Pf. 1826 Pf. 1828 Pf. 1830 Pf. 1832 Pf. 1834 Pf. 1836 Pf. 1838 Pf. 1840 Pf. 1842 Pf. 1844 Pf. 1846 Pf. 1848 Pf. 1850 Pf. 1852 Pf. 1854 Pf. 1856 Pf. 1858 Pf. 1860 Pf. 1862 Pf. 1864 Pf. 1866 Pf. 1868 Pf. 1870 Pf. 1872 Pf. 1874 Pf. 1876 Pf. 1878 Pf. 1880 Pf. 1882 Pf. 1884 Pf. 1886 Pf. 1888 Pf. 1890 Pf. 1892 Pf. 1894 Pf. 1896 Pf. 1898 Pf. 1900 Pf. 1902 Pf. 1904 Pf. 1906 Pf. 1908 Pf. 1910 Pf. 1912 Pf. 1914 Pf. 1916 Pf. 1918 Pf. 1920 Pf. 1922 Pf. 1924 Pf. 1926 Pf. 1928 Pf. 1930 Pf. 1932 Pf. 1934 Pf. 1936 Pf. 1938 Pf. 1940 Pf. 1942 Pf. 1944 Pf. 1946 Pf. 1948 Pf. 1950 Pf. 1952 Pf. 1954 Pf. 1956 Pf. 1958 Pf. 1960 Pf. 1962 Pf. 1964 Pf. 1966 Pf. 1968 Pf. 1970 Pf. 1972 Pf. 1974 Pf. 1976 Pf. 1978 Pf. 1980 Pf. 1982 Pf. 1984 Pf. 1986 Pf. 1988 Pf. 1990 Pf. 1992 Pf. 1994 Pf. 1996 Pf. 1998 Pf. 2000 Pf. 2002 Pf. 2004 Pf. 2006 Pf. 2008 Pf. 2010 Pf. 2012 Pf. 2014 Pf. 2016 Pf. 2018 Pf. 2020 Pf. 2022 Pf. 2024 Pf. 2026 Pf. 2028 Pf. 2030 Pf. 2032 Pf. 2034 Pf. 2036 Pf. 2038 Pf. 2040 Pf. 2042 Pf. 2044 Pf. 2046 Pf. 2048 Pf. 2050 Pf. 2052 Pf. 2054 Pf. 2056 Pf. 2058 Pf. 2060 Pf. 2062 Pf. 2064 Pf. 2066 Pf. 2068 Pf. 2070 Pf. 2072 Pf. 2074 Pf. 2076 Pf. 2078 Pf. 2080 Pf. 2082 Pf. 2084 Pf. 2086 Pf. 2088 Pf. 2090 Pf. 2092 Pf. 2094 Pf. 2096 Pf. 2098 Pf. 2100 Pf. 2102 Pf. 2104 Pf. 2106 Pf. 2108 Pf. 2110 Pf. 2112 Pf. 2114 Pf. 2116 Pf. 2118 Pf. 2120 Pf. 2122 Pf. 2124 Pf. 2126 Pf. 2128 Pf. 2130 Pf. 2132 Pf. 2134 Pf. 2136 Pf. 2138 Pf. 2140 Pf. 2142 Pf. 2144 Pf. 2146 Pf. 2148 Pf. 2150 Pf. 2152 Pf. 2154 Pf. 2156 Pf. 2158 Pf. 2160 Pf. 2162 Pf. 2164 Pf. 2166 Pf. 2168 Pf. 2170 Pf. 2172 Pf. 2174 Pf. 2176 Pf. 2178 Pf. 2180 Pf. 2182 Pf. 2184 Pf. 2186 Pf. 2188 Pf. 2190 Pf. 2192 Pf. 2194 Pf. 2196 Pf. 2198 Pf. 2200 Pf. 2202 Pf. 2204 Pf. 2206 Pf. 2208 Pf. 2210 Pf. 2212 Pf. 2214 Pf. 2216 Pf. 2218 Pf. 2220 Pf. 2222 Pf. 2224 Pf. 2226 Pf. 2228 Pf. 2230 Pf. 2232 Pf. 2234 Pf. 2236 Pf. 2238 Pf. 2240 Pf. 2242 Pf. 2244 Pf. 2246 Pf. 2248 Pf. 2250 Pf. 2252 Pf. 2254 Pf. 2256 Pf. 2258 Pf. 2260 Pf. 2262 Pf. 2264 Pf. 2266 Pf. 2268 Pf. 2270 Pf. 2272 Pf. 2274 Pf. 2276 Pf. 2278 Pf. 2280 Pf. 2282 Pf. 2284 Pf. 2286 Pf. 2288 Pf. 2290 Pf. 2292 Pf. 2294 Pf. 2296 Pf. 2298 Pf. 2300 Pf. 2302 Pf. 2304 Pf. 2306 Pf. 2308 Pf. 2310 Pf. 2312 Pf. 2314 Pf. 2316 Pf. 2318 Pf. 2320 Pf. 2322 Pf. 2324 Pf. 2326 Pf. 2328 Pf. 2330 Pf. 2332 Pf. 2334 Pf. 2336 Pf. 2338 Pf. 2340 Pf. 2342 Pf. 2344 Pf. 2346 Pf. 2348 Pf. 2350 Pf. 2352 Pf. 2354 Pf. 2356 Pf. 2358 Pf. 2360 Pf. 2362 Pf. 2364 Pf. 2366 Pf. 2368 Pf. 2370 Pf. 2372 Pf. 2374 Pf. 2376 Pf. 2378 Pf. 2380 Pf. 2382 Pf. 2384 Pf. 2386 Pf. 2388 Pf. 2390 Pf. 2392 Pf. 2394 Pf. 2396 Pf. 2398 Pf. 2400 Pf. 2402 Pf. 2404 Pf. 2406 Pf. 2408 Pf. 2410 Pf. 2412 Pf. 2414 Pf. 2416 Pf. 2418 Pf. 2420 Pf. 2422 Pf. 2424 Pf. 2426 Pf. 2428 Pf. 2430 Pf. 2432 Pf. 2434 Pf. 2436 Pf. 2438 Pf. 2440 Pf. 2442 Pf. 2444 Pf. 2446 Pf. 2448 Pf. 2450 Pf. 2452 Pf. 2454 Pf. 2456 Pf. 2458 Pf. 2460 Pf. 2462 Pf. 2464 Pf. 2466 Pf. 2468 Pf. 2470 Pf. 2472 Pf. 2474 Pf. 2476 Pf. 2478 Pf. 2480 Pf. 2482 Pf. 2484 Pf. 2486 Pf. 2488 Pf. 2490 Pf. 2492 Pf. 2494 Pf. 2496 Pf. 2498 Pf. 2500 Pf. 2502 Pf. 2504 Pf. 2506 Pf. 2508 Pf. 2510 Pf. 2512 Pf. 2514 Pf. 2516 Pf. 2518 Pf. 2520 Pf. 2522 Pf. 2524 Pf. 2526 Pf. 2528 Pf. 2530 Pf. 2532 Pf. 2534 Pf. 2536 Pf. 2538 Pf. 2540 Pf. 2542 Pf. 2544 Pf. 2546 Pf. 2548 Pf. 2550 Pf. 2552 Pf. 2554 Pf. 2556 Pf. 2558 Pf. 2560 Pf. 2562 Pf. 2564 Pf. 2566 Pf. 2568 Pf. 2570 Pf. 2572 Pf. 2574 Pf. 2576 Pf. 2578 Pf. 2580 Pf. 2582 Pf. 2584 Pf. 2586 Pf. 2588 Pf. 2590 Pf. 2592 Pf. 2594 Pf. 2596 Pf. 2598 Pf. 2600 Pf. 2602 Pf. 2604 Pf. 2606 Pf. 2608 Pf. 2610 Pf. 2612 Pf. 2614 Pf. 2616 Pf. 2618 Pf. 2620 Pf. 2622 Pf. 2624 Pf. 2626 Pf. 2628 Pf. 2630 Pf. 2632 Pf. 2634 Pf. 2636 Pf. 2638 Pf. 2640 Pf. 2642 Pf. 2644 Pf. 2646 Pf. 2648 Pf. 2650 Pf. 2652 Pf. 2654 Pf. 2656 Pf. 2658 Pf. 2660 Pf. 2662 Pf. 2664 Pf. 2666 Pf. 2668 Pf. 2670 Pf. 2672 Pf. 2674 Pf. 2676 Pf. 2678 Pf. 2680 Pf. 2682 Pf. 2684 Pf. 2686 Pf. 2688 Pf. 2690 Pf. 2692 Pf. 2694 Pf. 2696 Pf. 2698 Pf. 2700 Pf. 2702 Pf. 2704 Pf. 2706 Pf. 2708 Pf. 2710 Pf. 2712 Pf. 2714 Pf. 2716 Pf. 2718 Pf. 2720 Pf. 2722 Pf. 2724 Pf. 2726 Pf. 2728 Pf. 2730 Pf. 2732 Pf. 2734 Pf. 2736 Pf. 2738 Pf. 2740 Pf. 2742 Pf. 2744 Pf. 2746 Pf. 2748 Pf. 2750 Pf. 2752 Pf. 2754 Pf. 2756 Pf. 2758 Pf. 2760 Pf. 2762 Pf. 2764 Pf. 2766 Pf. 2768 Pf. 2770 Pf. 2772 Pf. 2774 Pf. 2776 Pf. 2778 Pf. 2780 Pf. 2782 Pf. 2784 Pf. 2786 Pf. 2788 Pf. 2790 Pf. 2792 Pf. 2794 Pf. 2796 Pf. 2798 Pf. 2800 Pf. 2802 Pf. 2804 Pf. 2806 Pf. 2808 Pf. 2810 Pf. 2812 Pf. 2814 Pf. 2816 Pf. 2818 Pf. 2820 Pf. 2822 Pf. 2824 Pf. 2826 Pf. 2828 Pf. 2830 Pf. 2832 Pf. 2834 Pf. 2836 Pf. 2838 Pf. 2840 Pf. 2842 Pf. 2844 Pf. 2846 Pf. 2848 Pf. 2850 Pf. 2852 Pf. 2854 Pf. 2856 Pf. 2858 Pf. 2860 Pf. 2862 Pf. 2864 Pf. 2866 Pf. 2868 Pf. 2870 Pf. 2872 Pf. 2874 Pf. 2876 Pf. 2878 Pf. 2880 Pf. 2882 Pf. 2884 Pf. 2886 Pf. 2888 Pf. 2890 Pf. 2892 Pf. 2894 Pf. 2896 Pf. 2898 Pf. 2900 Pf. 2902 Pf. 2904 Pf. 2906 Pf. 2908 Pf. 2910 Pf. 2912 Pf. 2914 Pf. 2916 Pf. 2918 Pf. 2920 Pf. 2922 Pf. 2924 Pf. 2926 Pf. 2928 Pf. 2930 Pf. 2932 Pf. 2934 Pf. 2936 Pf. 2938 Pf. 2940 Pf. 2942 Pf. 2944 Pf. 2946 Pf. 2948 Pf. 2950 Pf. 2952 Pf. 2954 Pf. 2956 Pf. 2958 Pf. 2960 Pf. 2962 Pf. 2964 Pf. 2966 Pf. 2968 Pf. 2970 Pf. 2972 Pf. 2974 Pf. 2976 Pf. 2978 Pf. 2980 Pf. 2982 Pf. 2984 Pf. 2986 Pf. 2988 Pf. 2990 Pf. 2992 Pf. 2994 Pf. 2996 Pf. 2998 Pf. 3000 Pf. 3002 Pf.

für treu geleistete Dienste in Form der Entlassung. Beweise kann man genügend zur Verfügung stellen. Und dann? Zu spät kommt ihr zu den Ereignissen, daß es mit der sogenannten „Lebensstellung“ nichts war. Bei jedem Versuch, wo anders Arbeit zu suchen, bekommt man oftmals die Antwort: „zu alt!“ Auch ein Beitrag zur heutigen Gesellschaftsordnung, trotz jener Kaiservorworte von der geschilderten Krisen bis ans Lebensende.

Aun hört man so oft unter unseren Vertriebskollegen: so wie es jetzt ist, ist es immer gewesen und wird es auch bleiben. Dem ist aber nicht so; die heute bestehenden Verhältnisse und Unterschiede in der menschlichen Gesellschaft haben gesichtliche Urtaten. Niemand ist von Natur zur Anerkennung bestimmt. Es gibt eben keine Herren und Knechte. Die heilige Schrift weist ja ausdrücklich darauf hin, daß alle Menschen Ebenbilder Gottes sein sollen. Man hat es in früheren Jahrhunderten bis zum heutigen Tage verstanden, das arbeitende Volk brutal zu unterjochen, um sich mit Gewalt die Macht anzueignen. Daher die Klassenkämpfe, die immer schwierigere Formen annehmen, je mehr diejenigen, welche die Macht in Händen haben, sehen, daß sie durch die Solidarität und Stärke der Arbeiterbataillone mehr und mehr ins Hintertreffen geraten.

Gewiß, so lange die Kollegen teilnahmslos und gleichgültig dahinleben, sich um das, was in der Welt vorgeht, nicht kümmern, wird es so, wie es ist, bleiben. Aber in dem Moment, wo ihr Euch alle, gleichviel, ob Gewerkschafter, Strafreiniger, Mütter usw., in Gemeinde- und Staatsbetrieben mit Euren Kollegen vereinigt, zusammenflecken, ist es möglich, die ganzen Arbeits- und Lebensbedingungen günstiger zu gestalten.

Wo liegt eigentlich die Kurve unserer Kraft? Sie liegt in der Erkenntnis der Notwendigkeit unseres Zusammenhalts aller Kollegen in Staats- und städtischen Betrieben. Die vorbildliche Entwicklung und die Not drängen ja förmlich zu einer Vereinigung. Unsere Organisation wurzelt tief in den ökonomischen Verhältnissen, und dies garantiert ihnen immer größer werdenden Aufschwung. So, wie sich die Unternehmer und Gemeinden zu immer größeren Verbänden zusammen, haben auch wir in unserem Interesse und dem unseres Familien uns zu vereinigen, um einen starken Wall zu bilden. Ob wir evangelisch, katholisch oder sonst irgend einer Konfession angehören, man möchte uns zu willenlosen Sklaven herabreden, wie sich das in Breslau, Stettin und anderwärts gezeigt hat.

Das Spiel in der Natur widerkehrt sich auch in der menschlichen Gesellschaft. Von allen Bergen und Höhen rinnen die Tröpfchen, die Wässlein zu Flüssen zusammen, und unaufhörlich platzieren die Wellen vorwärts zum Ziele, der Vereinigung, dem großen, mächtigen Strom zu. Zwischen ist es manchmal, die trocknen Bäume im das richtige Bett zu lenken; haben sie sich aber erst mit dem Strom vereint, so werden sie widerstandsflos von diesem mit fortgerissen. Auch die Organisation kann nur groß und mächtig werden, wenn alle Vertriebskollegen den Weg zu ihr finden, sich anzuschließen, nicht länger arbeitslos und nicht wie Eigenbrodler in kleinen Organisationen ihre Wege gehen. Auch Ihr, Kollegen, die dort in jenen Verbänden seid die nur unter dem Deckmantel der artifiziellen Täuscherie Euch leithammen, macht die Augen auf und seht, wohin Ihr geführt werdet! Lögert nicht länger! Jeder Tag ist ein Abstrich von Eurem Leben! Ihr braucht daher nur den Naturgesetzen zu folgen, sie nur in ihren äußersten Konsequenzen nachzuhauen. Wer Augen hat zum Sehen und Ohren zum Hören, der gebe hinaus in Wald und Fluß und belauide dort in ihrem geheimen Weben, betrachte die niedrigen und einfachen Ursachen, die Flechten und Moose, wie sie, untereinander eng verschlungen, sich gegen Sturm, Frost und Regen gegenseitig schützen, wärmen und führen. Verläßt daher durch Euren Anschluß die Steine, so lange, bis wir stark genug sind, die Hindernisse zu nehmen. Münnelt die Sämlinge auf, die Träumenden und die Schlafenden, reift die Gleichgültigen zum Kampfe mit, ermutigt die Zögrenden, peitscht die Fragen auf. Koch barriere unserer eine ungeheure Aufgabe. Frage ein jeder dazu bei, so muß es uns gelingen, jenen Verlusten, uns noch mehr wie bisher auszubauen und zu unterjochen, entgegenzutreten mit dem Ruf: „Vor hierher und nicht weiter!“

Unser aller Freiung muß sein: Hinein in die Organisation! Hinein in den Verband der städtischen Arbeiter! Zählekt die Reihen: nämlich Zwölfer an Zwölfer für die Befreiung der Arbeiterklasse, eingedekt jener Richterworte:

„Aber der verdient die Freiheit wie das Leben,  
Der täglich sie erobern muß.“

Tegel.

reserviert und außerdem ist noch Raum vorhanden zur Anlage eines Gleises zum Aufschlag; für etwa hinter der Anstalt entstehende Fabriken. Mittels der Wagen werden die Molten vor das Eisenhaus geföhren, von wo sie durch eine einfache Vorrichtung direkt den Ofen zugeführt werden. Es sind im ganzen 30 Ofen mit 270 Metern vorhanden, also ebenso viel wie in den anderen drei Breslauer Anstalten zusammen. Es können täglich 40 Waggons Molte (zu je 10000 Kilogramm) verarbeitet werden. Die Kohlenverbrauchförderung geht das ganze Jahr hindurch gleichmäßig vorstatten. Da nun im Sommer weniger Gas gebraucht wird, so werden im Sommer etwa 1100 Waggons Stahl aufgeschoben, die dann im Winter wieder mit verarbeitet werden. Die Ofen sind übrigens schon betriebsfähig und werden in drei Perioden unter Hilfe stehen. An jedem Ofen können 4500 Kubikmeter Gas erzeugt werden. Was die mit der Anstalt verbundenen Wohnungsseinrichtungen anlangt, so ist für die Eisenhausarbeiter am Eisenhaus ein Wohlfahrtshaus angebaut worden, welches unten Waschräume und Waschküchen, oben einen Speiseraum für 200 Personen, darüber eine Küche und darüber eine Wohnung für den Betreuer. Das Verwaltungsgebäude enthält die Bureauräume für die Betriebsleitung und die Stube für den Steinverkauf und eine Pottierwohnung. Die Werkstatt ist noch im Bau begriffen und der Bau der Verfußsanität wird in nächster Woche in Angriff genommen werden. Die beiden Badeanstalten haben jeder 11000 Kubikmeter Gas. Die Kosten der Anstalt stehen auf acht Millionen Mark, wozu noch eine Million Stück für die Rohleitung nach der Stadt tritt.

## Aus unserer Bewegung.

**Berlin.** Die Kollegen und die Leitung der „Austiale Groß Berlin“ haben eine arbeitsreiche Woche hinter sich. Den Kollegen war die Aufgabe gestellt, zu den bevorstehenden Elternversammlungen Einladung zu nehmen und ihre Wünsche laut und verständlich an jene Eltern zu bringen, die über die materiellen Forderungen der notdürftigen Arbeit zu beründen bat. Ein vielversprechendes Interesse zeigte sich die Stadtverordnetenversammlung von Berlin bereits damit geleistet, daß sie die sozialdemokratischen Anträge auf Gewährung einer Leistungszulage und Einführung einer gesetzlichen Kommission zur Verarbeitung der Arbeitnehmer abstimmte. Wir haben in voriger Nummer der „Gewerkschaft“ den Bescheid der Berliner Stadtverordneten genehmigt, es erubrigt sich nun noch, darauf hinzuweisen, daß auch schon die Verwaltungsd部euration für das Reinigungsweisen bezüglich der Vobnerbohrung eine erledende Stellung eingenommen. Bei der Verarbeitung dieses Antrags batte ein sozialdemokratisches Deputationsmitglied den Antrag geäußert, allen Arbeitern eine tägliche Lohnzulage von 30 Pf. und den Arbeitsbüroden eine solche von 25 Pf. zu gewähren. Zu dieser Tat konnten sich die Kommissionsmitglieder vorläufig nicht aufeinigen, obwohl die Herren der Verwaltung eine Erhöhung von 35 000 M. im Jahre 1905 erzielt hatten. In einer stark besuchten Versammlung der Strafreiniger, die am Montag in den Räumen der Polizei stattfand, war man über das Verhalten der Verwaltungsd部euration einig. Die Kollegen Man und Schulz erhielten ausführliche Rechenschaft über die Notwendigkeit neuer Forderungen, die unter stürmischen Kundgebungen zum Bejdau erhoben wurden. — Am Sonntag tagte eine Versammlung des Röhrenfirmens, in der Kollege Man einen Vortrag über die Lebensmittelverteuerung und die städtischen Arbeiter hielt. Die Versammlung bedankte die Abschaffung des Stundenlohnes, eine Vierprozentige Lohnerhöhung und die Gewährung einer Leistungszulage zu verlangen. — An einer stark besuchten Versammlung nahmen die städtischen Arbeiter von Charlottenburg Stellung zum Etat. Das einleitende Rechenschaft batte hier Kollege Man übernommen, dessen Darlegungen über die sozialen Aufgaben der Gemeinden und der Soziallichkeit unserer Zoll- und Handelspolitik, die als die Ursache der Lebensmittelverteuerung zu bezeichnen sei, stürmischen Beifall entlockten. Nach einer mit tragischen Momenten durchsetzten Diskussion, in der die Arbeiter sich dargestellt, wie sie mit den paar Groschen Lohn leben müssen, wurde eine Resolution angenommen, welche die Erhöhung aller Löne um 10 Proz. und die Zahlung einer Leistungszulage verlangt.

Zu derselben Zeit, in welcher die angeführten Versammlungen stattfanden, wurden noch weitere anderer Vereine abgehalten. So hatten die Gasarbeiter in Schmargendorf, die Arbeiter des Centralmagazins, die Kohlenplakarbeiter zum Etat Stellung genommen. Alle diese Kollegen, bei denen Kollege Schulz referierte, stellten Forderungen, die sich im wesentlichen mit denen in der großen städtischen Versammlung aufgestellten decken. — Der Kollege Polenste sprach bei dem

## Notizen für Gasarbeiter.

**Die neue Gasanstalt in Türragon bei Breslau.** Kürzlich fand durch die Mitglieder des Breslauer Magistrats, der Betriebsdeputation und der Stadtbau-deputation eine Einweihung der neuen Gasanstalt in Türragon statt. Zusätzlich wurde auf den eigenen Bahngleisen der Anstalt eine Fabrik für zur Zweck der Städtebau unternommen. Hier befindet sich der 2. Bahnhof an die Städtebau, von welcher täglich 40 Waggons Molte und nach übernommen werden. Am hinteren Teil der Anlage sind etwa 30 000 Quadratmeter Terrain für eine Müllverbrennungsanlage

derung ist entstanden, bei den Arbeitern der öffentlichen Verwaltung, den Eisenbahnern, bei den Arbeitern der Eisenbahn, sowie bei den staatlichen Arbeitern der Gemeinde Schöneberg referierte Kollege Büttin. Kollege Preyselow sprach im Marientor bei den Eisenbahnen, bei den Dienstleistungen und bei den Arbeitern der Eisenbahn der Englischen Gasanstalt, während Kollege Kießig bei den Wasserwerksarbeitern in Lichtenberg, Kollege Mitter bei der gleichen Tätigkeit in Tegel und Kollege Hentschke bei dem Personal des staatlichen Fabrikats referierte. Eine am Sonnabend in den Atmühlen abgehaltene Versammlung der Parteiarbeiter, Techniker und Chancierarbeiter, in der Kollege Tittmer sprach, hat sich ebenfalls mit Lohn- und Betriebsfragen beschäftigt. Dieselbe war zufrieden und von gutem Gute getragen, — So hat uns die vergangene Woche ein reiches Maß an Arbeit gebracht, das gern bewältigt wurde, weil wir der Überzeugung sind, daß so viel aufopfernde Kraft und Mühe auf die Dauer nicht ungeloht verpufft sein kann. Die materielle Versorgung unserer Kollegenschaft ist eine unabdingbare Voraussetzung, deren Erfüllung sich die Städtegemeinden vorz. Berlin schon aus rein menschlichen Gründen nicht entziehen dürfen. Unser Aelgedächtnis wird deshalb immer noch sein: Bezahlung eines Lohnes, der wenigstens ein menschenwürdiges Leben garantiert. Fortführung der Arbeitszeit, um unserer Familie leben zu können, ungehinderte Ausübung unseres Wahlrechts, damit wir nicht Staatsbürger zweiter Klasse zu sein brauchen.

**Dresden.** Zu der am 13. Oktober im Volkshaus abgehaltenen stadt befürchteten Versammlung sprach Reichstagsabgeordneter Kollege Krämer über die Bedeutung der bevorstehenden Arbeitervertretungswahlen zur Betriebsrätekonferenz. Diese Wahlen seien nicht zu unterschätzender Bedeutung. Auf dem Gebiete der Kaufmännerverbindung sei noch sehr viel fruchtbare Arbeit zu leisten. Auch hier habe der Arbeitervertreter Gelegenheit, im Interesse der Allgemeinheit tatig zu sein. Treffend zeigte er, daß die bei der Gründung der Maße gebotenen Hoffnungen, es werde den Kaufmannsmitgliedern etwas Besonderes geboten, sich nicht erfüllten. Auf die Anfrage eingehend, welche er sich auf einen strittig ablehnenden Standpunkt der treten Strukturbegründer. Zu empfehlen sei das Begrüßungsblatt, welches beiden Seiten gereicht werde. Redner forderte keine Auskunftsanfragen dagegen, daß die anwährenden Vertreter Männer mit feinem Rüstzeug seien mühten. Sie brauchten aber auch eine Stunde, und diese sei die Organisation. Jeder Vertreter müsse dieser annehmen, wenn er die Interessen der Mitglieder energetisch vertreten will. Seine Ausführungen fanden starren Beifall.

Zusätzlich erläuterte nun Kollege Preyselow Bericht über die Tätigkeiten der Arbeitervertreter in der abgelaufenen Wahlperiode. Wurde Auskundierung mit dem Vorstande habe es gegeben. Einmal habe es ganz energisches Eingreifen der organisierten Vertreter bedurft, um Besoldungsverhandlungen abzuwehren und keine Vereinbarungen einzuführen. Wurden nein den Haushalt durch die Organisation gehabt, so wäre ihnen dies nicht möglich gewesen. Preyselow gab sodann die Wahlauslage der einzelnen Wahlabteilungen bekannt und erläuterte die folgenden, auf die von der Organisation vorgelegten Mandataten alle Stimmen zu verneinen. Diese waren dann, getragen von dem Vertreter der Kollegen, in der Sache, energisch für die Interessen der Mitglieder eingetreten zu können. Am Gewerkschaftstag weinte Preyselow daran, daß der Amtshauptmann für die Gewerkschaftsarbeiter in den Gasanstalten nun endgültig eingeführt sei. Das sei wohl zum weitesten dem Eingreifen der Organisation zu danken. Um noch weitere Erfolge zu erzielen, sei notwendig, daß jeder neue Streiter werde. Nachfolgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die öffentliche Versammlung von Mitgliedern der städtischen Betriebsrätekonferenz erklärt: Es liegt kein Bedürfnis vor, von dem jetzt bestehenden ärztlichen Dienst etwas wesentliches zu ändern. Insbesondere präzisiert die Versammlung gegen die Heraustragung des ärztlichen Dienstes an den Verein für freie Arztwahl, weil dieses ein Aufgabe der Zentralverwaltung der Kaufmannsmitglieder wäre. Es soll den Vorstandsvierteln allein überlassen bleiben, zu bestimmen, welche Ärzte bei der Betriebsrätekonferenz zugelassen werden. Sie neu zu wählenden Vertreter der Kaufmannsmitglieder zur Spezialversammlung werden konnten, und das kann dann von diesem prinzipiellen Standpunkt ab drastisch zu laufen.“

**Tübingen.** Weitere Stellungnahmen in den verschiedenen städtischen Betrieben haben sich an einem Tag verändert, ihre Lohn- und Betriebsverhältnisse zu verändern. Es ist bekannt, daß viele der Betriebsräte und Betriebsaufsichtsräte, die im Auftrag über die städtischen Betriebe medieren, die rechtliche oder rechtliche Betriebsverhältnisse zu richten haben. Ein großer Teil der Betriebe hat bei der im Auftrag einer bestimmten Betriebsaufsichtsräte nichts getan, ein anderer Teil nimmt nur mit Kollegialrat von 10. bis 15. November. Ein jeder Betriebsrat mit den bestehenden Betriebsverhältnissen soll dem Lebensmittelprüfungsausschuss berichten und sagen, daß diese „Betriebsverträge“ kein angemessenes Ergebnis der Steigerung

der Lebenshaltung und des Einkommens der städtischen Arbeiter darstellen. Während in der Privatindustrie die Unternehmer sich beklagen müssen, Lohnsteigerungen von 20 und mehr Prozent für ihre Arbeiter einzutragen zu können, glaubte die Stadtverwaltung immer und immer wieder ihre Schuldigkeit getan zu haben, wenn die Lohn „ihre“ Verteilung um 2 bis 10 vom Hundert erhöht werden und eine recht hohe Summe aufmarschieren läßt, die man behufs Verbesserung der Lohnverhältnisse beanspruchen müsse.

Um die Arbeiterpolitik unserer Stadtgemeinde würdigen zu können, sei, von der Erholung ganz abgesehen, nur angeführt, daß den hiesigen städtischen Arbeitern mit Ausnahme des Fahrdienstes der Straßenbahn kein Sommer- bzw. Erholungsausflug gewährt wird. Bereits 56 deutsche Städte haben diese Einrichtung mehr oder minder ausgebaut — für ihre Arbeiter getroffen, darunter Städte, die an Bedeutung in sozialer und finanzieller Hinsicht weit hinter Düsseldorf zurückstehen. Wir erinnern da nur an Bremen, Nürnberg, Freiburg i. Br., Wiesbaden, Aachen, Koblenz, Neidenbach, Remscheid, Ulm u. a. Selbst in den rheinischen, also benachbarten Städten wie Bonn, Eberfeld, Köln, Düsseldorf ist man dazu übergegangen, auf diesem Gebiete etwas zu leisten. Dort beträgt der Urlaub bis zu einer Woche. Die Arbeiter der Gasanstalt, des Elektrizitätswerkes, der Straßenbahn, des Begebautes, redeten nun den Antrag bei ihrer Verwaltung einzubringen, den alten und von beschäftigten Arbeitern einen Erholungsausflug zu gewähren und zwar nach 1 Dienstjahr 3 Tage, nach 3 Dienstjahren 5 Tage und nach 5 Dienstjahren 7 Tage.

Beide Dörfer konnte die Forderung wohl nicht ausfallen. Es ist zu beachten, daß die Arbeiter der Werke, gefügt auf unsere Organisation, den Antrag auf Urlaub nach einheitlichen Gesichtspunkten formuliert haben, so auch nach außen hin das gewerkschaftliche Zusammenarbeiten demonstriert.

Die Städte der Gasanstalt beantragen für sich einen Anfangslohn von 4,80 M., steigend pro Jahr um 20 Pf. pro Tag bis zu 5,40 M. Die schwere, arbeitsbeschleunigende Arbeit dieser Leute, die in größter Höhe unter größtmöglicher Anstrengung verrichtet werden muß, lassen eine derartige Forderung als berechtigt erscheinen. Es kommt noch hinzu, daß die Stadthausarbeiter bei der letzten Lohnregelung infolge berücksichtigt wurden, als für sie das Dreisdiuttmitem zur Einführung gelangte. Eine Erhöhung ihres Lohnes trat nicht ein. Und dabei begründete man die Neuregelung des Lohnverhältnisses, indem man die Julagen als „Festverzugszulage“ bezeichnete. Außerdem würdigen die Städte eine Erleichterung ihrer Arbeit daran, daß der ihnen bei Einführung des Dreisdiuttmitem entzogene vierte Mann in der Molonne weniger während des Sommerhalbjahrs wieder zugelassen wird. Sie begründen diese Forderung damit, daß die Arbeit an den Leuten bei der jährlich Zusammensetzung der Molonen, deren jede aus drei Mann besteht, in den Sommermonaten zu wahren Höchstmaß werde. Ohnefalls sollte man sich zu verzögern geweckt. Die Mehrzahl der Städte wünscht, diese Forderung als erste behandelt zu haben. Die Prämie von 20 Pf. pro Tag, eine veraltete, durch nichts zu begründende Form von Lohnzahlung, soll in Begüß kommen.

Auf die Hoblenfahrer der Gasanstalt, die Heizer und Maschinisten der Elektrizitätsgesellschaft besteht heute noch die 12stündige Tages- und die 24stündige Wochenschicht. Die Arbeiter verlangen Abänderung dieser unmenschlichen Arbeitszeiten und hierfür Einführung der gleichen Arbeitszeitteilung wie in den Betriebsbahnen der Gasanstalt. Vor allem soll der sogenannte „Werkundwähler“ fallen. In Köln, Münster und einer Reihe anderer Städte hat man für das Maschinenteam der Elektrizitätsgesellschaft eine neunstündige Tages- und Wochenschicht eingeführt, wodurch die Beweis erbracht ist, daß es technisch wohl durchführbar ist, eine längere Schichtdauer an Stelle der unzumutbaren 12- und 24stündigen Schichten zu legen, für die Hoblenfahrer wird ein Tageslohn von 1,20 M. beginnend, steigend pro Jahr um 20 Pf. bis 5,00 M. in Betrieb gebracht.

Die Hälfte beim Hoblenfahrer sind in allen Betrieben die schlechtesten entlebten Arbeiterklasse. Bei schwerer mühseliger Arbeit, als welche besonders das Hoblenfahrerleben zu bezeichnen ist, verdienen die Arbeiter 3,50 M. bis höchstens 3,70 M. Die Lohnzulagen erfolgen nach Kunst. Eine erträgliche Situation macht sich unter diesen Arbeitern bemerkbar. Die Leute kommen und gehen. Die Hoblenfahrer der Straßenbahnen erhalten den für sie vorbereiteten Hoblenfahrer von 10 Jahren. Sie gerden nun mit ihren Kollegen der anderen Betrieben den Antrag zu stellen, folgendes zu bestimmen: Aufzugslehr 3,80 M., nach einem halben Jahre steigt auf 4 M., sodann steigend pro Jahr um 10 Pf. bis zum Hoblenfahrer von 1,50 M. Die Handwerker der Elektrizitätsgesellschaft verlangen Gleitzeitung mit den Arbeitern gleicher Berufe in der Gasanstalt. Die Männer dieser Werke beantragen für sich einen Tageslohn von 5,80 M. Sie begründen ihre Forderung mit dem Hinweis, daß die Leute im Sonntagnachmittag die Männer 62 Pf. Standeslehr erhielten. Der letzte Gehalt beträgt 5,20 M., doch unter den Bergarbeitern macht sich eine Bewegung bemerkbar. Zuletzt erzielten zumindest die Bergarbeiter die Anforderung auf 5,50 M.

Jede Forderung der arbeitenden Peßelkasse setzt zunächst die Arbeiterschaft ein zu bitten. Es ist nun absurdes, welche daraus resultieren wird. Daß die Männer nicht mehr gebraucht werden, geht daraus hervor, daß sie die Forderungen bei-

**die Ausgestaltung der Arbeiter-Ausschüsse und die Gewährung der sich aus dem § 616 des B.-G.-V. ergebenden Befreiungen zu schaffen haben.**

**Kreisburg i. B.** Am 14. d. M. tagte hier eine öffentliche Versammlung, in welcher unser junger Gauleiter, Kollege Bürker aus Colmar im Elsass, referierte. Er behandelte das Thema: "Die deutschen Städte und ihre Arbeiter." Sein fünfzehnminütiger Vortrag fand allgemeinen Beifall. Niedner entrollte zunächst ein Bild über die Entstehung und Entwicklung des Gemeindearbeiterverbandes, und die Verbesserungen, welche die Gemeindearbeiter bisher erzielten. Dass die städtischen Verbände noch nichts für die allgemeine Verbesserung der städtischen Arbeiter geleistet haben, sieht man deutlich in Würzburg, ebenso in Colmar und anderen Städten. Seit nun der Gemeindearbeiterverband in Würzburg etwas feierlich gefasst habe, sei die Stadtverwaltung endlich mit einer Lohnausbeiterung von 350.000 Mark für die städtischen Arbeiter eingetreten. In Colmar i. Els verlangten die städtischen Arbeiter schon lange eine Arbeitssicherung, nach vieler Mühe kam es sowohl, dass wenigstens in letzter Zeit ein diesbezüglicher Antrag auf die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung gestellt wurde. Aber als wirtschaftlich über diesen Punkt verhandelt werden sollte, da verließen von 11 städtischen Stadtverordneten 9 die Sitzung, so dass gar kein Weitblick mehr gezeigt werden konnte. Das ist ein bezeichnender Vorgang. Zum Schluss legte der Referent den Mitgliedern aus Herz, rechtzeitig für den Verband einzutreten und die Aermittlenden für die gute Sache zu gewinnen. Es ist die Pflicht und Schuldigkeit eines jeden von uns aquatorisch für den Gemeindearbeiterverband tätig zu sein. Man solle nicht bloß denken, dass man seine Schuldigkeit tut, indem man den Vortrag richtig entrichte. Ebenso sei es auch mit der Presse bestellt; man solle die Arbeitspresse halten, und nicht andere Blätter, in welchen die Rechte der Arbeiter mit hervorgehoben werden.

**Würzburg.** Seidem der Gemeindearbeiterverband in unserem Kreis aufgekommen ist, haben wir nach und nach an die Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse heranzutreten können. Die Stadtverwaltung fand einem von uns früher gehaltenen Wunschkongress und führte analog Berlin einen Sonnenkongress von drei Tagen nach fünfjähriger Trennung ein. Daß diese Wartezeit etwas zu lang gewesen ist, bedarf keiner weiteren Erklärung, denn gerade der anstrengende Dienst der Gewerksbeiter botte zu einer liberaleren Haltung der Amtsinhaber eine Bereicherung veranlassen sollen. Am letzten Sonnabend hatten sich die Molotow im Volksdeutschen Verband versammelt, um gemeinsam mit dem Sekretär der Sozialistischen Partei Berlin, Willi Man, die Wünsche und Forderungen zu besprechen, die wir anstrebten der diesjährigen Gewerkschaftstagung an die Stadtverwaltung zu stellen verordnet sind. Diese Wünsche werden in einem besonderen Zettelchen den in dieser Zeitung zufinden, und wir hoffen sehr, daß die Stadtverwaltung sowohl als auch die zuständigen Vereine unserer Kommunen sowie das notwendige Einverständnis zeigen werden. Innerhalb dieser zufließenden Auseinandersetzung wollen wir aber noch an dieser Stelle auf bestehende Schwierigkeiten in städtischen Betrieben aufmerksam machen, die leider im Vorausdrucke übersehen wurden. Es wäre einfacher, doch den auswärtigen arbeitenden Gewerkschaften Lehrerlegern und Helfern das Absehbares vorherzusehen, was die Arbeiter untersetzen können, wenn sie zur Arbeitsmiete und zurück müssen, wenn man das nicht will. Damit müsste man die neuen Varianten berücksichtigt hat zur Arbeitszeit reduzieren können. Ein Aufsatz für Lehrerläden wird auch nicht gebracht. Lebhafte Menge wird darüber erheben, daß der Sekretär beim zuständigen Schadens bis zu 1½ Meter Höhe eingeschränkt werden, bei denen irgend welche Abschlagsvereinbarungen nicht angeschlossen wurden. Wenn Einsicht eines verantwortlichen Schadens hat ein Arbeiter eine schwere Gewerkschaftsabschaffung, die ihm zum Auswählen mache. Die Dienstbarbeitsabschaffung sollte hier einmal nach dem Motto stehen: Die Standesordnung würden, daß sie höhere Lizenzen als bisher geheißen bekommen; die gebrauchten Idioten abschließen nicht vor Erziehungsschülern und es gäbe Bürger, welche vor den Stand abnehmen, die mit demütigem Handtätscheln in die Wohnung treten, einen ordentlichen "Hörer" haben. Am Nach- und Werktagesselbstgenuss fest, es im Außenbereiche des Gewerkschaftsclubs mehrere es den Arbeitern mitteilen, wenn sie bei schlechten Wetter Klepperlernern gefüllt bekommen. Wir möchten hoffen, daß die Städteverwaltung die hier geschilderten Wünsche prüft und zur Überzeugung kommt, daß sie vorstellen sind. Da wir in Würzburg einen Arbeiterausschuss nicht haben, so müssen wir versuchen, auf diesem Wege das vorzutragen, was seit Pflicht eines solchen Arbeiterausschusses war.

Nur weiter: Sie die dürfte es nicht eine Interesse sein, zu erfahren, welche Stellung die Abstimmung zur Verordnung der Präsidenten "Sozialer" in der Kreisoberaufsichtsrat einnehmen kann. Die Arbeitnehmer würden sich im April an die Verwaltung der Gaswerke um Erhaltung eines Arbeiterausschusses wenden. Der Vorstand der Nummerischen, junger, Sozialer des großen Industrie- und Handelskonzerns "Mannesmann-Tempfleer", teilte den Teilnehmern sehr zufrieden entrollt mit:

"Einen Arbeiterausschuss würden wir nicht einrichten, weil dadurch die Arbeitnehmer unserer Arbeiter bestimmt werden würden, was nach anzugeben ist und wie derartige Arbeiterausschüsse sich in anderen Betrieben nicht bewährt und kein Anlassung zu Disziplinen gegeben haben."

**Was die berechtigte Kommission an Gründen zur Ablehnung des Arbeiterausschusses vorbringt, ist, gelinde bemerkt, halber Zauber.** Es ist jedoch, daß die Bestimmungen in der Gewerbeordnung über die Errichtung von Arbeiterausschüssen dispositiver Natur sind, d. h. die Abneigung des einen Kontrahenten im Arbeitsverhältnis gegen die Arbeiterausschüsse genügt, um das Zusammensein derselben zu verhindern. Wir wissen aus Erfahrung, und die vielen Arbeiterausschüsse der Berliner Betriebe bestätigen es, daß die Arbeiterausschüsse viel mehr zur Verfehlung des sozialen Friedens beizutragen vermögen, als die bürgerlichen Gutsbesitzer der städtischen Betriebe in ihrer provincialen Überhöheit anzunehmen geneigt sind. Wir werden aus Gründen, die wir an dieser Stelle nicht weiter erörtern wollen, die Forderung auf Errichtung eines Arbeiterausschusses aufs neue stellen! Dann aber möchten wir die städtischen Behörden, an deren Spitze ja ein liberaler Bürgermeister steht, ersuchen, für die Bedürftigung eines Spezialhauses für die Gasarbeiter Sorge tragen zu wollen. Der jüngste "Soal", ein Raum von 7 Meter Länge und 1,80 Meter Breite genügt den Ansprüchen nach seiner Nutzung. Zu dem Raum stehen 3 große Schränke und außerdem befindet in dem "Spezialhaus", der früher zur Ammoniakdestillation benutzt wurde, ein unerträglicher Geruch. Einige der Arbeiter müssen ihre Wohnzeit überhaupt außerhalb dieses Raumes einnehmen, weil er nie alle seinen Platz gewahrt. Wie gesagt, wird es höchstlich nur dieser Erinnerung bedürfen, um die Behörden zur Ausübung ihrer Pflicht freizetzen zu lassen!

**Strasbourg.** Wenige Seiten über sendet uns nachstehende Berichtigung: "Der Bericht über die öffentliche Versammlung am Sonnabend, den 29. September, lädt mich folgendes sagen: § 10 muss bestimmen, daß Sonnabends eine Stunde früher Abend ist, als an den übrigen Wochentagen. Diese Ausweitung kann ich nicht getan haben, da die Vergünstigung bereits besteht. Bei einem Wochenlohn habe ich nicht gepräzisiert, sondern, wie auch weiter unten im Berichte zu erkennen, von einem Mindestlohn von 3,50 M. ausgegangen. In Zeile 52 lasst mich der Bericht das gerade Gegenteil sagen von dem, was ich ausführte. Da sagt: § 10 muss bestimmen, daß funfzig die ganze Dauer einer Monath und nicht nur ein Teil derselben bei Pauschalierung in Anspruch komme. Ferner habe ich ausdrücklich gesagt, daß mit einer Verkürzung der Arbeitszeit angerechnet werden soll, vielleicht von 5 auf 3 Stunden.

**Wiesbaden.** Zu Nr. 11 der "Werkstatt" wurde auf die Verbesserungen für die städtischen Arbeiter von Wiesbaden hingewiesen. Auch heute kann eine weitere Erhöhungsschaffung in einzelnen Betrieben festgestellt werden. In einer staatlichen Fabrik im April neuerlich die organisierten Zusammensetzung der Wissensarbeit den Antrag, die Lohnverhältnisse so zu regeln, daß die Arbeiter der Wasser- und Elektrizitätswirtschaft in ihrem Lohn den anderen Betrieben gegenüber nicht mehr unterdrückt und den Tagesverdienst entsprechend befehlten würden. Es wurde veriprochen, die Sache wohlwollend zu prüfen. Lange lag und hörte man nichts von dieser Sache, bis ganz plötzlich ein verantwortlicher Betriebsrat bekannt gegeben wurde. Danach erhält jeder Mitarbeiter der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke eine Lohnzulage von 20 Pf. pro Tag ab 1. Oktober. Was den Tarif selbst anbelangt, so könnte man sich wohl damit abbinden, wenn man der Mindestlohn, jenseits der Beschäftigung zu niedrig bemessen wäre. In der 1. Stufe, für jugendliche Arbeiter (14 Jahren u. u.) wird ein Mindestlohn von 1 M. steigend bis 2 M. bezahlt. Arbeiter, welche durch die Armeeversetzung beschäftigt werden, halbjahrsalldienst usw., erhalten 1,50 M., steigend bis zur 3. Stufe, nach Lehrling, 2. Stufe: Halbtagsdienst, Nachtdienst erhalten 3,20-4,20 M. in 15 Jahren, Grundarbeiter 3,20-4 M. in 18 Jahren, junger Halbtagsarbeiter 3-4 M. in 18 Jahren, Holzarbeiter der Gasfabrik 3,30-4,20 M. in 9 Jahren, Arbeiter des Wasserwerks 3,20-4,20 M. in 15 Jahren, 3. Stufe: Lehrling erhalten 3,50 M. Mindestlohn, Höchstlohn 4,80 in 19 Jahren u.; Telefonarbeiter 3,50-4,10 M. in 11 Jahren; die Handarbeiter in der Anstaltswirtschaft u. u. 3,10-4,70 M. in 18 Jahren; Betriebsdislozier, Maschinendislozier 4-4,80 M. in 14 Jahren; Arbeiter der Reinigung und Ammoniumwaage Anstalt 3,80-4,50 Mark in 10 Jahren; Mauerer, Zimmerer 4-4,80 M. in vierzehn Jahren; Monture 3,10-4,80 M. in 20 Jahren; Messer- und Batteriewärter 3,10-4,60 M. in 16 Jahren; Eisenbahn 4-4,80 Mark in 8 Jahren. In der 1. Lohnstufe besitzt sich der Lohn von 1-5,20 M. in 17 Jahren, bei den Überarbeitern von 1,60 bis 2,20 M. in 6 Jahren. — In diesem Tarif nahmen nun alle Ausbildungszügelung und ganz besonders erklärten sich die Ausbildungszügelung, soweit sie organisiert sind, gegen den Mindestlohn, so reichlich innerhalb eines Mindestlohn von 1 M. welche aber nie eingetragen wurde. Zumindest kann man mit dieser Erhöhungszulage ordnungsgemäß zufrieden sein. Es bringt nun den Arbeitseifer und Fratig zu äußern, was zum Wohl und Besten des Gemeindearbeiter dient.

### Rundschau.

In Nr. 41 des „Correspondenzblatt“ befindet sich eine Notiz über den bevorstehenden Antritt der Straßenbahner an den Handels- und Transportarbeiterverband. In derselben wird unter anderem bedauert, daß die Redaktion der „Gewerkschaft“ einem nur der Zeitschriften dienten Artikel Aufnahme gewahrt habe. Demgegenüber stellen wir fest, daß der vom Kollegen Sebald-München verfaßte Artikel in sachlicher und objektiver Weise verfaßt hat, das für und wider des Anstiftusses der Straßenbahner an die in Krise kommenden Verbände (Handels- und Transportarbeiterverband, eigener Straßenbahnerverband, Gemeindearbeiterverband) zu erörtern. Die vom „Correspondenzblatt“ angedeutete Vorkonferenz war uns übrigens nicht bekannt. Mütterliche Weise dürfte die Entscheidung in München erfolgt sein und die Angelegenheit ist damit erledigt. Aus diesem Grunde enthalten wir uns weiterer Erörterungen, zumal wir der Meinung sind, daß die unerträglichen Widerstreitigkeiten durch die Entwicklung und nicht durch Polemiken entschieden werden, für die die Redaktion lag jedenfalls keine Verantwortung vor, eine Belehrung der Meinungsfreiheit eines unserer täglichen Mitglieder vorzunehmen. Wenn die Vorstandskonferenz von 1901 herangezogen worden ist, so geben wir dem „Correspondenzblatt“ zu bedenken, daß schließlich auch die Resolution unseres Verbundes in Mainz 1901 erachtet, deren Diktativen die Redaktion der „Gewerkschaft“ nicht außer Acht lassen kann. Wir werden natürlich nach wie vor bemüht sein, diese Dinge in loyalster Weise zu behandeln. Die Redaktion.

**Die Sonderstellen-Inhaber.** Von den mittleren organisierten Gütern, 1. und 2. Schreibern der Revier-Sonderstellen Berlin ist fristig eine Petition eingereicht worden. Aus der Einlieferung sei folgendes niedriger gehalten:

„Zum Interesse des Dienstes wäre es erwünscht, für die Schreiber und, im Gegentag zu dem Arbeitervorstand eine Sonderstellung zu schaffen. Die Unterschiede lieben es ab, sich mit den Arbeitern zu beschäftigen, deren Verband selbstsätzlich zu erheben und mit Forderungen an die Direktion heranzutreten.“

Eine Parteilinie und ohne dem den Arbeitern zugehandenen Ausdruck, der in mündlicher Verhandlung mit der mobilioblichen Direktion die Interessen der Arbeiter betrifft, erlauben ihm zu unterscheiden, auf diese Weise mit ihren Wahlkämpfen zu werden, in die freudige Erwartung, daß die befreundete Direktion dieselben einer gerechten Prüfung unterstellt.“

Diese Sätze kennzeichnen zur Genüge, welche Geisteckinder die Petenten und der Personale dieses Produktes sind.

Was nun die Schaffung der Sonderstellung anbetrifft, so wird diese bereits in der Petition ausgesetzt. Werden doch die Schreiber in ihrem Rahmen von den einzelnen Arbeitern untersucht, damit letztere diese gefährliche Seite um hüten. Dabei ist der größte Teil aus den Arbeitern befreigbar. Als Sofern sie die Feder in die Hand bekommen, können sie es mit ihrer Ehre nicht mehr vereinbaren, gemeinsam mit den Arbeitern um Erziehung besserer Verhältnisse zu kämpfen. — Die Ausbildung des Arbeiters Ausdrucks ist ja zu verachten, denn dieser befindet sich in den Händen organisierter Kollegen. — Wenn jedoch die Direktion fortwährend verfahren würde, müsste sie die Petition zurückweisen. Denn das Schreiber Personal unterliegt gleichfalls der Arbeitsordnung. Alle Anträge müssen durch den Arbeiter Ausdruck vorgetragen werden. — Nun können allerdings die Herren Sonderstellen-Inhaber noch immer nicht begreifen, daß auch sie Lehrarbeiter sind. Doch die Zeit wird auch diesen lehren, wohin sie gebeten.

Wenn weiter in der Petition auf einige gewisse Selbständigkeit, Autonomie und Vertretung hingewiesen wird, so verlangt der Arbeitgeber dieses ohne weiteres von jedem. Wer die größere Verantwortung hat, wird durch den Anfang der Dienstnamenliste unter Hinweis auf die Strafparagraphen des Gesetzes den Arbeitern und Zuhörern klar und deutlich vor Augen geführt. Deiner wird beweisen, daß die ersten Schreiber indirekt als Vorgesetzte angesehen werden. Dies hat sich auch bereits auf die Hilfschreiber übertragen. Sind doch in einem Revier Petentenwidrigkeiten, betreffend innere Reviereangeliebenen, von einem dieser Herren mit „A.“ und Namen unterzeichnet gewesen. Vom Publizum als Peante angefecht zu werden, müssen sie sich iden in diese Ehe mit Arbeitern in blauen Blättern teilen! Dies wird den Arbeitern erscheinen, welches besonders von den ganz absehbar Leidenden“ hervergeben ist, nicht gerade sehr angenehm sein. Bedenklich ist nur, daß eine solche Petition auch einige Verbandskollegen unterzeichnet haben. In einer Versammlung der Revier-Schreiber und die zweitseitigen Güterhäuser inden unverzüglich ausgeschlossen werden.

Eine allgemeine Arbeitsordnung besteht zw. in folgenden Stadtgemeinden: Augsburg, Denau, Dresen, Aachen, Weise, Hanau, Aschersburg, Marburg, Nördlingen, Mainz, Magdeburg, Mannheim, Mühlhausen, Nastatt, Regensburg, Straßburg, Stuttgart, Tübingen, Weimar, Wiesbaden, Würzburg.

**Die ungerechte Bezahlung der Arbeiter** in den Staatsbahnbetrieben hat zu einem empfindlichen Arbeiterschlag auf den Straßen (z. B. bei Hörsheim), in den Güterbahnhöfen auch in Frankfurt a. M. geführt. Auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wenden sich die Arbeiter lieber den besser zahlenden Privatbetrieben zu.

**Gefährlichkeit unseres Berufes.** Durch eine Explosion schwer verbrannt wurde der bei der Pumpstation angesetzte 34jährige Arbeiter Josef Gingier aus der Dahlmannstraße 11 zu Charlottenburg. In Gemeinschaft mit zwei Kollegen war Gingier gegen 11 Uhr nachts damit beschäftigt, den unter dem Salzufer entlang führenden Kanal von angehäufltem Sand zu befreien und in den mehr als drei Meter tiefen Schacht vor dem Hause Salzufer 21 einzusteigen, während seine Kollegen am Rande des Schachtes standen und ihr Augenmerk auf einen in den Kanal eingesetzten Reinigungsapparat gerichtet hatten. Daum hatte Gingier seine Arbeit in der Tiefe in dem etwa 30 Centimeter hohen Abflußrohr stehend begonnen, als eine furchtbare Explosion stattfand, die vermutlich durch Benzин oder ähnliche Flüssigkeit verursacht wurde. Gingier wurde durch die verdeckte Feuerwand, die von einer Zündkerze in den Kanal gelöscht waren und sich an der über dem Schacht auf der Straße aufgestellten Latzelampe entzündet hatten, verbrüht wurde. Die Explosion war so heftig, daß die beiden obenstehenden Arbeiter entgegengesetzte Richtungen wählten, während Gingier aus den Flammen, die mehr als ein Meter hoch aus dem Schacht emporstiegen, stark verbrannt über die Steigerleiter und das Kreis zu gewinnen suchte. Zu dem Augenblick, als aus dem brennenden Schacht die Hände Gingiers sichtbar wurden und der Mann davon völlig entzündet in die Tiefe zurückfallen drohte, griffen seine beiden Kollegen zu und entzogen ihm dem Altmantelende. Das Feuer wurde von den Arbeitern mit einem Hydranten gelöscht. Gingier mußte, an beiden Armen und im Gesicht erheblich verbrannt, die Hülse der Unfallstation in Anspruch nehmen.

**Der Brandenburgische Städteitag,** welcher dieser Tage in Potsdam stattfand, nahm eine Resolution an, welche die Unzufriedenheit der Regierung erneut auf die anhaltende Preissteigerung leuft und erachtet, diesen Nebelstand durch Gewehrung einer Erleichterung der Viehimporte und des Viehtransports. Wenn die Herren Bürgermeister und Gemeinderäte nur in ihrer Stadtverwaltung den gleichen Eifer befunden modien! Damit wäre den südlichen Arbeitern schon besser gedient, als mit diesen platonischen Resultaten!

**Unterrichtsfächer** für Arbeiter und Arbeiterinnen werden auch in diesem Winter von der freien Studentenschaft der Universität Berlin veranstaltet. Sie wollen den Hörern, besonders älteren Arbeitern, die nicht mehr die Fortbildungsschule besuchen können, Gelegenheit bieten zu einer gründlichen Ausbildung in den Elementarfächern: Deutsch, Rechnen, Geometrie und Geographie. Da es hier Viele sollen die Teilnehmer richtig schreiben, sprechen und reden lernen.

Der Unterricht wird von Studenten der Berliner Universität eröffnet. Das Unternehmen wird geleitet durch eine aus ihrer Mitte gebildete Kommission unter Mitwirkung von Vertretern der Hörer. Beginn am 5. November. Anmeldungen vom 25. bis 27. Oktober, abends 8-9½ Uhr, Rückseite 9, links part. Wie können diese Kurse unseren Hörern in jeder Beziehung empfehlen.

**Antragen und schriftliche Mitteilungen** sind zu richten an den Schriftführer der Unterrichtsstelle, Herrn stud. jur. Erich Guttner, W. 15, Kurfürstendamm 184 III.

**Standesdünkel.** Einen ganz eigenartigen Standesdünkel zur Schau zu tragen beliebt einzigen bei der Stadt Berlin beschäftigten Gärtnern. Vorweg sei bemerkt, daß dieselben von der Stadt nicht als Gärtner, sondern einfach als Arbeiter, die eb. gärtnerische Arbeiten verrichten, geführt werden. Anstatt sich nun, um bessere Lohns- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, der zuständigen Organisation anzuschließen, haben es einige der Herren Gärtner für nötig befunden, zur Sonderbündelei ihre Aufsicht zu nehmen.

Allen Warnungen zum Trotz geben sie ihre eigenen Wege und erwarten von den freimütingen Stadtverordneten, daß ihre Standeslage um ein bedeutendes verbessert wird. Wieviel diese Vereinigung von der sozialdemokratischen Fraktion erwartet, o Wunder über Wunder, erhebt wohl zur Genüge aus dem Auspruch eines Mitgliedes bei dem Besuch von Verbandszugehörigen in einer Sitzung des Sondervereins. Dieser Herr spricht bei dem Ertheilen der Güte das standesbewußte Wort: „Kan kommen die verblauten roten Hunde, ich gebe jetzt.“ worauf er das Sigungstafel verläßt.

Infolge der übergrößen Verdiestlichkeit einzelner Gärtner, die es verstehen, den Kollegen die Latschen in der verdrehten Weise mundgerecht zu machen, und infolge des hohen Beitrags von einer halben Reichsmark in natürlich es ein leichtes gewesen, ein Drittel aller in Beratung kommenden dem Kindergartenverein zuzuführen.

Die Antwort auf die Petition der Martinshallenarbeiter sollte den Herren doch wenigstens das Gefährliche ihrer Handlungweise klar-

legen, aber alles umsonst; auch hier läuft sich das Wort „gegen Dummheit lampen Götter selbst vergebens“ recht passend verwerfen. „Um, Kollegen alle, die Ihr Solidaritätsgefühl besitzen, an Euch ist es, den Herren, die doch auch Kollegen sind und sich auch als solche fühlen müssen, den richtigen Weg zu zeigen, wieder und immer wieder auf die Fehler im merkmal zu machen, die durch diese Sowjetverbündete der ganzen industriellen Arbeiterschaft im Allgemeinen und den Arbeitern in der Parteiverarbeitung im Besonderen angefallen werden. Halten treu zum Verband, denkt an den gewaltigen Ausbau desselben und zeigt vor allen Dingen, daß Ihr als freie Arbeiter kein Angstgefühl seid, reagiert auf seine Provokation und denkt daran, daß diese nur dazu dienen soll, um unbekümmerte Andersgesinnten eine Zelle zu stellen. Weint die Aktiv- und Selbstversammlungen noch besser als es bis jetzt gekleidet, orientiert Euch vor allen Dingen über die Tätigkeit des Arbeiterschusses, kommt zur Verspreitung Eurer Wünste und schimpft nicht im geheimen, was ja doch zwecklos ist. Werbt Mitglieder für den Verband, denn dazu seid Ihr in eurem Interesse gezwungen, nehmt Euch an dem gewährten Abstandstag für die Gasarbeiter ein leuchtendes Beispiel, und wir alle werden schneller zum Ziele kommen.“

**Streitbrecherwurz.** Wenn bei einem Streik oder einer Ausschwörung die beteiligten, sich oftmals aus dem voreigenen Kämpfen trennenden Gruppen, sich zusammenfassenden Elemente ihre im Polarisationszweck mögliche haftserhaltende Tätigkeit ausüben, so wird manchem Unternehmer angst und bange über die mitreitende Proletararbeit, die ihm dann oftmals für schweres Geld „geliefert“ wird, vorausgesetzt, daß die Herren Streitbrecher es nicht vorziehen, überhaupt nichts zu machen und ihrer „Mission“ schon fast erledigt fallen, wenn sie überhaupt nur mit ihren werten Personalkräften den Platz ausfüllen. Weißtens aber haben die Unternehmer ein großes Interesse daran, den dadurch erlittenen Schaden zu verhindern. Es kommt darum nicht oft vor, daß die Eigentümerlichkeit etwas davon erfahrt, zu diesen Anwendungsfällen gehören die folgenden, die gegenwärtig in den Tagesschriften die Runde machen: „In der Stadtverordnetenversammlung zu Augsburg gab der Vorsitzende eine Berichtsübersicht des Bankals bekannt, die dabei rührte, daß ein Teil der streitenden Streitbrecherarbeiter sei, die jodelnd war und die Welt nach einem gemälden machen mußte. „Zu ihrem Geschäftsbereich zählt die Papierfabrik Henne im Allgemein mit, daß während des letzten Streites die Arbeitsschläger durch ihre Unordentlichkeit einen totalen Schaden an den Maschinen verursacht haben, so daß die Firma für die Rettung veranlaßt werden mußte. „So wie ich allerdings bestreite, daß beim geschilderten Vorfall nicht in erster Linie die Arbeitsschläger vor der anderen Partei stellten, sollte mir trotzdem eine Abrechnung mit diesen Arbeitern vorgenommen werden.“

**Ehemalige Gewerkschafter sind nicht verfeindet!** Das berichtete jetzt das Zentralblatt der durchländlichen Gewerkschaften von, indem es die Frage der Einigung der Bergarbeiterorganisationen bearbeitete: „Nein, auch die durchländlichen Bergleute würden mit einem solchen neutralen Beinamen nicht aufstehen gehen und das gesuchte Ziel von ihnen würde mit Sicherheit eine Ergründung finden in den Grundlagen, darauf.“ Eine Neutralisierung der Bergarbeiter ist unter den jungen Bergarbeitern ein Wunscherfülltes. Die Anzahl vor der Voraussetzung des Einigungsbedürfnisses wird natürlich groß sein bei den Bergarbeitern, denen sie nach dieser Meinung haben entglühen lassen. Da versteht man ein, vielleicht nach die Einigungsspreche mit solchen Ufern gehen die Einigung insdiese Zeit unter der Aufsicht August Braus, des vom Gewerbeverein abgegangenen.

### Eingegangene Schriften und Bücher.

**Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten.** Von Morris Hillquit. Übersetzt von Paul Müller-Wernberg. XVI und 350 Seiten. Preis brotnecht 250 Pf., gebunden 3 M. „Für Vereine empfohlener Preis.“ Verlag von Dr. H. W. Tietz Nachfolger in Stuttgart.

Viele Freunde haben bis dahin vergeblich versucht, den scheibenartigen Widerstand zu lösen, den davon bestand, daß in dem „freien Lande“ des Sozialismus nicht recht gedeckt wollte bis vor wenigen Jahren. Trotz der enormen Kapitalkonzentration in Amerika, trotz der Millionenzahl der Proletarier in das Massenbewußtsein der amerikanisch ausgebildeten Siedler erfuhr jetzt im Gedanken begriffen. Einen Schluß zum Verständnis dieser Vorgänge bringen wir jetzt endlich in dem obigen Buch, welches chronologisch die Ereignisse darstellt, die sich dem Verständnis des Sozialismus in Amerika bot. Wie eine Epidemie möchte man sich sagen, erfuhr eine bestimmte Bewegung in Amerika die Massen, um raschzeitig nach einer Zeit wieder abzuflauen. Dies wird besonders offiziell geschildert bei der „Welt-Ausgabe“ des C. L. R. des Mittler der Arbeit und anderer Millionenkommissionen.

Aber auch die Gewerkschaften im eigenen Lager haben vielfach hemmend gewirkt. Unangefochtene Völker sind „Erhaltungen“ innerhalb der Partei, die zu Neugründungen führen; alle natürlich von mehr oder minder fürzei Lebensdauer. Viel zwingender entstanden auch durch die periodische gegenseitige Verlängsamung von Partei und Gewerkschaft. In dieser Beziehung ist Amerika ein reelles Schulbeispiel, wie man es nicht machen soll. Großen Einfluß hat in gewissem Maße die kommunistischen Anarchisten innerhalb der Arbeiterschaft. Den Höhepunkt dieser Strömung kennzeichnet der in jeder Beziehung unerbittliche Justizmord von sieben Anarchisten in Chicago. Zu letzter Zeit ist die Entwicklung des Sozialismus gleichmäher und schneller vor sich gegangen und hat auch die anarchistischen Bewegungen fast ganz abhängig gelegt.

Unstetig wie die Entwicklung des Landes der „unbegrenzten Möglichkeiten“ ist auch diejenige der sozialistischen Parteien. Das kommt besonders in den Experimenten der utopistischen Sozialistengemeinden zum Ausdruck. Im ersten Teil des Buches, welches eine ausführliche Darstellung dieser kommunistischen Gemeinden gibt, ist besonders die Zeit von 1890 bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts reich an solchen Versuchen, den Kommunismus in die Praxis umzusetzen. Die Vorbereidungen, billiger und jugendlicher Boden auf, waren aber auch zu verhindern. So entstanden die religiösen Sektenergemeinden mit kommunistischer Lebensweise. Es konnte hier der große Cewen in der Zeit von 1825-30 seine Gemeinde gründen. Dazu kamen die „Schwestern“ von Anton von 1840-50 und endlich die auf den Franzosen Cabet fahrenden italienischen Gemeinden in den fünfzig Jahren. Die Schilderung aller dieser kommunistischen Gemeinden zeigt nahezu die eigene Natur des Buches und ist derart interessant, daß sie unsres Erachtens von vielen Lesern mit Begeisterung und Schärfe verfolgt werden werden. Trotz der zahlreichen Misserfolge, die sich in diesen Einzeldarstellungen widerspiegeln.

Zur den in der älteren sozialistischen Literatur bewanderten sind auch die in einschlägiale viele Periodika aus den Anfangen der Arbeiterschaft eine interessante Aufzählung. Manche neu zug der Wirkung. Cewen, Cewin, Wohl und viele andere finden in dem Buche Beurkundung. Alles in allem ein empfehlenswertes Buch, das eine Lücke in der sozialistischen Literatur ausfüllt.

**Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie.** Verlag: Paul Zinger in Stuttgart. Nr. 1-3 des 2. Jahrgangs. Preis pro Heft 20 Pf. pro Quartal 3-25 M.

**Freidenkt. Zeitschrift für die Interessen der Arbeitersinnen.** Verlag: Paul Zinger in Stuttgart. Nr. 20 und 21. Preis pro Nummer 10 Pf. pro Quartal 30 Pf. unter Kreuzband 50 Pf. Jahresabonnement 250 Pf.

**Kommunale Praxis.** Verlag: Paul Zinger in Berlin. Nr. 11 und 12. Einzelne Nummern 20 Pf. Preis vierfachjährlich 250 Pf.

**Die Neue Gesellschaft. Zeitschrift der Wochenschrift.** Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Dr. Bruno Braun. Verlag: Berlin 28-15. Monatsschrift 5. Preis für das Einzelheft 10 Pf. pro Wochenschrift 20 Pf. 2. Jahrgang. Heft 2 bis 4.

**Der Arbeitsmarkt. Halbjahrschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktrechte.** Verlag: Georg Meiner. Nr. 1 und 2 des 10. Jahrgangs.

**Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.** Verlag: Georg Meiner, Berlin. Nr. 1 des 12. Jahrgangs.

**Zeitung für Arbeitersicherung.** Herausgeber: Dr. Ed. Schäffer, Frankfurt a. M. Erscheint zweimal monatlich. Preis 7 M. pro Jahr. Oktoberheft.

Totenklage von der Elternschaft.

Reimund Ohmberger, Freiburg i. Br.

† 12. Oktober 1906 im Alter von 58 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

### Gemeindearbeiter von Wiesbaden.

Freitag, den 2. November, abends 8 Uhr:

### \* Mitglieder-Versammlung \*

bei Bieger, Schwalbacherstr. 43.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Stellungnahme zur Rentenversicherung. Vollzähliges Erstwählen ist dringend erwünscht.

Die Ortsverwaltung.